

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 31 (2011)
Heft: 60

Buchbesprechung: Marginalien ; Rezensionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hans Steiger

Gerechtes Schrumpfen gegen Green New Deal?

Cleantech-Parolen, „nachhaltiger“ Kommerz, neogrünliberale Politik allenthalben. Verkauft uns der Kapitalismus jetzt auch noch seine ökologische Krise mit Gewinn? Typisch für den Trend ein Heft über „Grüne Wirtschaft“ aus dem schweizerischen Bundesamt für Umwelt (2011). Eingeleitet wird es von der Strahlefrau, Bundesrätin Doris Leuthard, die vom Volkswirtschaftsdepartement zu Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation wechselte. Von dort proklamiert sie im Gleichschritt mit Angela Merkel die Wende vom nicht mehr rentablen Atomzeitalter zur Ära der erneuerbaren Energien. „Ressourceneffizienz“ ist ihr „Schlüsselwort“. Sie verweist alarmierend auf Artensterben und Klimaerwärmung, um dann „die bestehenden Umweltprobleme“ mit Verweis auf „schonende“ Innovationen auch im Ton „zu entschärfen“ und zum Gegenstand für lohnende Investition zu erklären: „Weil die Rohstoffe weltweit knapper werden, eröffnen sich neue Wachstumsmärkte, die unseren Wirtschaftsstandort weiter stärken und Arbeitsplätze schaffen.“

Ökonomie und Ökologie seien nicht weiter als Gegensätze, sondern als „Basis für eine nachhaltige Wachstumspolitik“ zu sehen. Ein desolates AKW aus Fukushima und die brennende Ölbohrplattform im Golf von Mexiko stehen auf der nächsten Doppelseite einem Solarkraftwerk in Spanien und einem Windenergiepark in der Nordsee gegenüber. Damit ist der Boden für das

Schlagzeilen-Zitat zum Gespräch mit Bruno Oberle, dem Direktor des Umweltamtes, gelegt: „Wir brauchen eine neue industrielle Revolution.“ Kommt sie schnell genug, gehören wir zu den Gewinnern.

Zaghaft versuchten die Interviewer, noch andere Akzente zu setzen. „Müsste man nicht auch stärker beim Konsumverhalten in den reichen Industriestaaten ansetzen und einen Wertewandel fördern?“ Gewiss habe sich die Menschheit „mittelfristig“ darauf einzustellen, dass „nur ein Planet zur Verfügung steht“. Doch „die grüne Wirtschaft hat den Vorteil, dass sie in den kommenden Jahren drängende globale Umweltprobleme entschärfen kann, ohne dadurch im Widerspruch zu anderen Interessen der Konsumgesellschaft zu stehen“. Das zieht sich als Credo durch das Heft. Für den Fortschritt steht die Mitwirkung von Firmen aus der Schweiz am „Vorzeigeobjekt“ für „saubere Technologien“ in der Wüste von Abu Dhabi. „Ökologie für den Hausgebrauch“ lässt die Baubranche im Inland boomen.

Bei der Mobilität allerdings wird sich wohl einiges „verteuern“, etwa das „viel zu günstig“ angebotene Generalabonnement. Rückfrage bei Umweltplanner Peter de Haan, ob sich dann „nur noch Reiche die Mobilität leisten“ könnten. Doch der belehrt, dass das normal sei: „Das egalitäre Prinzip, wonach alle in ihrer Freizeit auch zu Spitzenzeiten mit den besten Zügen fahren können, hat keine Zukunft. In anderen Bereichen

unserer Marktwirtschaft gibt es diese Ungleichheit schon längst. Wer mehr bezahlt, hat den besseren Internetzugang, das leistungsfähigere Handy, die schönere Wohnung oder eine bessere Wohnlage.“ Spritfresser verbieten? Später vielleicht, im europäischen Gleichschritt. Wir sind keine Insel.

Ähnliches gilt für Computer oder Mobiltelefonie. Ressourcen und Umwelt müssen geschont werden. „Gemeinsam mit der Wirtschaft erarbeitet die öffentliche Hand deshalb Strategien“, um die negativen Wirkungen zu reduzieren. „Auf der grünen Welle surfen“ lautet der Titel hier. Weltweit reagieren internationale Organisationen „auf die sich überlagernden und zum Teil gegenseitig verschärfenden Krisen“. 2009 wurde die OECD von den Wirtschafts- und Finanzministern der Mitgliedstaaten beauftragt, „bis 2011 eine Strategie für ein grünes Wachstum in den Industrieländern zu erarbeiten“. Ökonomisch effizient und ökologisch transparent.

„Begründung der Gier“: die Chiffre, mit der Leida Rijnhut in „Luxemburg“ 1/11 die Strategie charakterisiert, mit „ökologischen“ PR-Kampagnen und Kaufanreizen grundlegende Fragen zu überspielen, kennzeichnet diese Vorwärtsverteidigung gut. Sie nimmt als Beispiel die Werbung für „fair gehandelte“ Blumen aus Kolumbien. Weder der Transport per Flugzeug wird dort thematisiert noch das weit komplexere Problem, ob vielleicht die Anbauflächen besser zur lokalen Nahrungsproduktion genutzt werden sollten. Eine der nun periodisch erscheinenden „Sonderveröffentlichungen“ der Tamedia AG (miss)braucht „Nachhaltigkeit“ gleich als Titel. Da wird mit der Verlosung eines Elektrovelos um Aufmerksamkeit gebuhlt; mehrere Beiträge und Anzeigen werben für das neue Lifestyle-Produkt. „Vivai“ heisst ein „Wohlfühl-

und Nachhaltigkeitsmagazin“ der Migros, „verde“ die Bio-Schwester bei Coop.

Schon bald wird die über uns hereinbrechende Wahlkampfpublizistik zeigen, wie sehr Green New Deal-Rhetorik auch politisch zum Mainstream gehört. Was sollen Parteien mit Begriffen wie Schrumpfen? Verzicht gegen Aufbruch? Außerdem ist das Terrain nun anderweitig besetzt: Schweizerische Volksbegehren wollen Grenzen setzen – gegen Menschen, von ecopop bis ganz rechts. Und die Linke erschrickt. Obwohl das längst in der Luft lag. Nur haben wir auch diesen Teil der Wachstumsdebatte nie richtig geführt. Nun müssen wir wohl oder übel beginnen, aus der Defensive heraus.

Strategiestreit der Linken

„Wirtschaftswachstum: Gut? Schlecht? Falsche Debatte?“ Eigentlich fasst der Titel einer „Denknetz“-Veranstaltung, zu welcher sich Mitte Mai im Konferenzraum der Zürcher Unia-Zentrale ein Haufen tendenziell roter, meist grauhaariger Köpfe traf, gleich das Resultat zusammen: Ratlosigkeit. Ein paar Thesen, ein paar Meinungen. Naturverbrauch muss sinken. Reichtum ist global gerecht zu verteilen. Verzichtparolen sind Fallen, welche Neoliberale uns stellen. Abkehr vom Wachstum ist kein Spaziergang. Eigentlich im Kapitalismus gar nicht möglich ... Und schon waren die zwei Stunden um. Wir werden wohl mehr Zeit für diese Debatte aufbringen müssen.

Ein bereits 2010 erschienenes Buch könnte dabei helfen: „Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus?“ von Frank Adler und Ulrich Schachtschneider. Unterstützt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung sichteten die auf Nachhaltigkeitsforschung spezialisierten Sozialwissenschaftler, was es in diesem

Bereich an Konzepten zur Überwindung der Ökokrise gibt. Klar war für sie, dass diese Krise auch eine soziale Krise ist.

Also standen nicht technische, sondern gesellschaftliche Fragen im Zentrum. Basis der vergleichenden Darstellung sind in den letzten 15 Jahren im deutschen Sprachraum publizierte Texte. Hinzu kamen Gespräche mit Exponenten und Exponentinnen der verschiedenen Strömungen. Dabei reicht der Bogen „von einem fundamentalen Infragestellen von Grundverhältnissen und -prinzipien der westlichen Moderne bis zur Annahme, dass sich die ökologischen Probleme hauptsächlich über den technologischen Fortschritt lösen lassen“. Obwohl der Anspruch wissenschaftlich war, sollte die Studie einem breiteren Kreis von Interessierten als Orientierungshilfe oder zumindest als Einführung in einen „facettenreichen, schwer überschaubaren Diskurs dienen können“. Und das tut sie. Wer die Auseinandersetzung der vergangenen Jahre weniger intensiv verfolgte, wird nach der Lektüre zum Beispiel besser verstehen, warum auf den ersten Blick attraktive Grosskoalitionen auf Vorbehalte stossen.

Adler und Schachtschneider sind in der Sache engagiert, aber für Argumentationen aller Beteiligten offen. Sie gliedern die elf Darstellungen in drei Konzept-Typen: „Fundamentale Systemwechsel“, „Modernisierung des Systems“, „Phasenwechsel mit offenem Ausgang“. Zur ersten Gruppe, den das Bestehende radikal hinterfragenden Autoren und Autorinnen, merken sie an, deren Gefolgschaft sei „recht überschaubar“. Robert Kurz – „Schwarzbuch Kapitalismus“ – ist in dieser Kategorie zu finden; nicht nur in der Wortwahl weit weg von auf staatliche Planung setzenden Ökosozialisten. Industrialismuskritik in der Denktraditio-

n von Rudolf Bahro ist der Subsistenzperspektive der Ökofeministinnen näher. Aber stets gibt es Differenzen, die bedenkenswert sind.

Bei diesen Analysen besteht die Einigkeit vor allem darin, dass ein Bruch mit dem derzeit herrschenden kapitalistischen, patriarchalen, kolonialen System zwingend scheint, wenn wir einer barbarischen Zukunft entgehen wollen. Quasi das Kontrastprogramm dazu liefern „Modernisierer“ des Systems wie Joseph Huber oder Martin Jänicke, die den internationalen Nachhaltigkeitsdiskurs stark prägten. Konkurrenz soll als Triebfeder für grüne Basisinnovationen wirken, der globale Markt für rasche weltweite Verbreitung sorgen. „Was bei den Fundamentalkritikern als aufzuhebende Ursachen für die Ökokrise gilt, sind hier gestaltungsfähige Voraussetzungen, um sie zu bewältigen.“

Die dritte Gruppe – zu ihr gehören Elmar Altvater, Ulrich Beck oder das Wuppertal Institut – möchte in der Regel mit weitgehenden Eingriffen die Kapitalverwertung zähmen, Märkte einbetten, die Wachstumsdynamik befrieden und stilllegen. Das vorerst jedoch „innerhalb kapitalistischer Wirtschaft“, auch um deren Errungenschaften zu bewahren. „Ob sich ein solcher Umbau letztlich als mit der Moderne oder dem Kapitalismus kompatibel erweisen wird, lassen einige der Autoren offen.“ Hier gibt es durchaus Berührungspunkte zur ersten Gruppe, wo gleichfalls keine „revolutionär-umstürzlerische“ Vorstellungen vom Prozess bestehen. Eher wird an eine Transformation gedacht, die „in kleinen Schritten verläuft, im Hier und Jetzt, von nahezu jeder Person begonnen werden kann“. Radikaler sind nur die Ziele sowie die Erkenntnis, dass die gewünschten Veränderungen nicht von Eliten, sondern von unten kommen und

getragen werden müssten. „Bewusst gestaltend erhalten“ etwa ist die Devise der feministisch grundierten „(re)produktiven Ökonomie“ von Adele Biesecker und Sabine Hofmeister (s. auch Widerspruch-Heft 54). Sie soll mit demokratischen Vorzeichen vom Haushalt und Unternehmen über den Ort, die Region, das Land bis hin zur EU- oder globalen Ebene weiter wirken. Dies in einem auch kulturellen, sich selbst verstärkenden Prozess. Ideen, Ansatzpunkte und Anfänge wären ja da.

Immer wieder taucht dies als Hoffnung auf: Dass wir weder in der Theorie noch in der Praxis am Nullpunkt stehen. Alternativen sind nicht im Sinne fixierter Gesellschaftsmodelle vorhanden, und wo es solche auf dem Papier gibt, kaum attraktiv. Doch sie wachsen in Freiräumen heran, „angesiedelt zwischen schrumpfender Erwerbsökonomie und neuen Tätigkeitsnetzen, zwischen überdimensionierter Infrastruktur und dezentralen Selbstversorgungsansätzen“. Dass die Buchautoren das Schlusskapitel mit „Nützliche Vielfalt“ überschreiben, wirkt nach ihrer Sichtung der Ideen nur logisch. In jedem der Konzepte gibt es Lücken und blinde Flecken. In der Vielfalt zeigen sich im grünroten Spektrum bestehende soziale, politische und geistig-weltanschauliche Differenzen. Konkurrenz- und Abgrenzungsmechanismen werden durch bestehende Herrschafts- und Dominanzstrukturen von aussen noch verstärkt. „Allein schon wegen dieser Einbindung in eine gesellschaftliche, widersprüchliche, zerklüftete Wirklichkeit ist es unwahrscheinlich, dass auch nur eines der Konzepte im Massstab 1:1 verwirklicht wird.“

Aus heutiger Sicht scheint unrealistisch, dass radikal antikapitalistische, modernekritische Positionen mehrheitsfähig werden. Doch sie könnten in Krisen oder durch „sozial und ökolo-

gisch brutale Formen kapitalistischer Ausbeutung im globalen Süden an Attraktivität gewinnen“. Der von westeuropäischen Normalos eher belächelte Subsistenzansatz könnte als „Rettungsboot“ plötzlich eine neue Bedeutung erlangen. Und ist das in der Klimadiskussion erörterte gleiche Pro-Kopf-Verschmutzungsrecht für alle nicht eine beinahe „urkommunistische“ Idee?

Warum also nicht gleich „planmäßig und gerecht schrumpfen“, wie der Titel den Abschnitt über den „Ökosozialismus“ zusammenfasst? Schrumpfung unter Konkurrenzbedingungen wäre chaotisch und „mit gewaltsaufgeladenen Konflikten innerhalb und zwischen Gesellschaften“ verbunden, geben dessen Vertreter zu bedenken. Soll der notwendige Wandel „friedlich, demokatisch, frei von sozialen Ängsten“ vollzogen werden, braucht es „wirtschaftliche Rahmenplanung“ und eine „egalitäre Verteilung“ des Reichtums. Konsumverzicht sei unpopulär, aber unumgänglich, meint Saral Sarkar. Er wendet sich gegen den „Glauben an grenzenlos verfügbare alternative Energiequellen“, findet Elmar Altvaters Vorstellung einer solaren Gesellschaft mit dezentraler solidarischer Ökonomie naiv, weil sich auch Grosskonzerne dezentral organisieren könnten. Ohne klare Abkehr vom Kapitalismus sowie die Enteignung der wichtigsten Produktionsmittel gehe das nicht.

Später las ich bei Altvater in „Der grosse Krach“ (2010) die Warnung vor Planungswahn: „Eine Planung zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen scheitert schon deshalb, weil es viel zu kompliziert ist, sie zu erheben, zu bürokratisch, sie abzuwägen und viel zu autoritär, die Richtungen der Entwicklung zu bestimmen.“ Märkte werden bleiben. Aber nun muss „nach mehreren Jahrzehnten der wilden Privatisierung öffentlicher Einrichtungen

und Räume“ wieder mehr der Staat ins Spiel kommen. Gewerkschaften, soziale Bewegungen und alternative Projekte müssen ihn dazu bringen, korrigierend beim gerechten Verteilen des Reichtums einzutreten, Partizipation im Wirtschaftsbereich und eine ökologische Wende zu unterstützen. Sind das unvereinbare Positionen?

Führen wir falsche Debatten?

Auch bei Beat Ringger in „Masst euch an!“ (2011) findet sich ein Kapitel zu Umweltschutz und Kapitalismus. Ihm scheint die Konstellation heute nicht allein wegen der Bedrohungslage „gespenstisch“. Alarmierend sei vor allem, dass „Erkennen und Handeln vollkommen auseinander klaffen“. Auch grüne und sozialdemokratische Parteien wären „nicht in der Lage oder nicht willens“, angemessene Politikkonzepte zu entwickeln, und „die breite Bevölkerung“ schwanke „zwischen Desinteresse, Resignation und Zynismus“. Doch bei der Wachstumsproblematik wirkt der Autor, der selbst intensiv in der Umweltbewegung engagiert war und heute beim VPOD als Zentralsekretär arbeitet, nicht minder zerrissen. Wohlstand und Vollbeschäftigung stossen an Grenzen; daraus gilt es Konsequenzen zu ziehen. Reichtum und Arbeit sind umzuverteilen. Offensichtlich wird Nachhaltigkeit nicht allein mit Appellen oder Marktanreizen erreicht. Also braucht es einen Rückbau von Strassenkapazitäten, zum Beispiel. Vorschriften und Verbote dürfen bei energieverwendenden und umweltbelastenden Produkten nicht weiter tabu sein. Einverstanden. Doch wieso soll es deswegen falsch oder gar schädlich sein, „die gemeinsame Abwehr katastrophaler Ereignisse“ als „eine Frage des Lebensstils“ zu thematisieren? Hier rächt sich die zu oberflächliche Diskussion der

Konflikte zwischen roten und grünen Postulaten, über politisches und persönliches Verhalten. Präzis an diesem Punkt kippen die sonst intellektuell redlichen Essays über den „Weg zu einem offenen Sozialismus“ in einen polemisch emotionalen Ton. Fairtrade, „bio“ und auch Verzicht verdienten als Denkanstösse mehr als Hohn.

Ringger machte an der von ihm angeregten „Denknetz“-Veranstaltung deutlich, dass er den Streit um Wachstum für die „falsche Debatte“ hält. Nur einen Tag später begann der Attac-Kongress „Jenseits des Wachstums!“ (Mai 2011) in Berlin. Dort wurde genau diese Debatte geführt. Schon das Programm war ein aufschlussreiches Dokument. Die vier deutschen Stiftungen, die bei der Gestaltung als Kooperationspartnerinnen aktiv mitwirkten, stehen für die Grünen, die SPD, die Linke und die IG Metall – bei der profilierten Zielrichtung kein selbstverständliches Bündnis. In den Fragestellungen der Podien und Workshops wurde ein umfassender Aufriss der Auseinandersetzung geliefert, die ansteht. Wenigstens die Schlussrunde, ebenfalls als Video abrufbar, sollte ansehen, wer sich eine Annäherung fundierter rotgrünblauer Positionen wünscht (vgl. Kern in diesem Heft).

Systemwechsel als Perspektive

Bereits im Vorfeld hatte die Zeitschrift „Luxemburg“ (1/2011) das Spektrum der Meinungen in Kurzform präsentiert. Wie am Kongress – dort mit der indischen Feministin Vandana Shiva und Alberto Acosta aus Ecuador – erfolgt der Einstieg im Heft mit radikalen Statements aus dem Süden. In diesem Teil der Welt scheint klar, dass wir im Norden neue Formen einer „Schrumpfungs-Wirtschaft“ entwickeln müssen. Je überzeugender diese Alternative zum

„für den ökologischen Verfall“ hauptverantwortlichen Wachstum ausfällt, desto eher wird sich der Süden nicht weiter an unserem Weg in die Sackgasse orientieren. Darum wird Wachstumskritik gleichgewichtig mit der Frage nach „gerechten Übergängen“ verbunden. Da allerdings tönt es zuweilen verdächtig vertraut. Sobald die Autoren etwas näher beim etablierten Politikbetrieb stehen, wird Schrumpfung vorab als Bedrohung gesehen und grünes Wachstum beschworen. Dabei soll wiederum „von der Arbeits- zur Ressouceneffizienz“ fortgeschritten werden.

Vielleicht sei ja der „grüne Keynesianismus“ einen Versuch wert, weil immerhin besser als andere Szenarien und „eventuell sogar politisch machbar“, erwägt Nicola Bullard aus Bangkok, doch letztlich sei dies ein „Weiter-so-Ansatz“, der „eher auf die Wirtschaftskrise des Nordens reagiert als auf die tatsächliche globale soziale und ökologische Situation“. Die erfordere einen Systemwechsel, wie er zum Beispiel in der internationalen Bewegung für Klimagerechtigkeit postuliert wird: „Gemeinschafts- statt Privateigentum, ökologische Landwirtschaft durch Kleinbauern statt Agrobusiness, Koexistenz von Menschen und Wäldern statt Zwangsräumungen und gen-optimierten Plantagen, lokale Wirtschaftsräume anstelle von Weltmärkten, Energiademokratie statt Öl-Multis und so weiter.“ Ausgerechnet diese Perspektive, die „ökologisch am realistischsten und dem Leben am nächsten“ wäre, scheine paradoxerweise politisch an wenigsten durchsetzbar. Was, wenn der Ruf danach – unten, bei den von Krisen am meisten Betroffenen – weltweit stärker würde?

Zukunftsfragen zum „Buen Vivir“

Einer der Links führt von „Jenseits des Wachstums?“ direkt zu www.boell.de.

„Die grüne politische Stiftung“ offeriert nebst einem kritischen Text von Konrad Ott über verschiedene Varianten „neuer ‚grüner‘ Wachstumsgläubigkeit“ gleich zwei neue Publikationen, die ihr entgegenwirken können. Harald Welzer deckt „Mentale Infrastrukturen“ (2011) auf, die uns als Kinder einer auf Entwicklung, Fortschritt und Konsum getrimmten Gesellschaft bei der Suche nach Alternativen behindern. Wir sollten ganz andere Fragen stellen. „Wie möchten wir gelebt haben?“ zum Beispiel. Ohne wirklich neue Visionen und entsprechend gelebte Alltagspraxis werde das absurde wirtschaftliche Wachstum weiter alternativlos scheinen – bis das kapitalistisch-konsumistische System in der Konkurrenz und in Kriegen um knappe Ressourcen katastrophal abstürzt.

Niemand dürfte mehr so naiv sein zu glauben, „hier ein bisschen Technologie und dort ein bisschen Steueranreize“ könnten daran etwas ändern. „Das Projekt, um das es heute geht, ist ein wenig grösser, und nicht anders als im 18. und 19. Jahrhundert wird es vieles mit sich bringen, was heute noch gar nicht antizipierbar ist.“ Mit der Gestaltung wären Planungsstäbe in Ministerien wie Vorstände von Konzernen überfordert. „Sie alle operieren im Modus eines auslaufenden Fortschrittsmodells. In diesem Modus macht man keine Revolution, nicht mal eine Evolution – man bewegt sich nur weiter in die falsche Richtung.“ Die fällige Wende werde sich nicht in den unseligen Koalitionen zwischen „Experten“ und „der Politik“ entwickeln lassen. „Die Erfindung einer Gesellschaft nach dem Wachstum ist ein zivilgesellschaftliches Projekt, dessen Umsetzung man an niemanden delegieren kann.“

Wegweisend könnte dabei auch für uns werden, was derzeit zwei lateinamerikanische Länder mit Linksregie-

rungen neu versuchen: „Buen Vivir“. Bolivien und Ecuador haben nicht nur erstmals umfassende Rechte der Natur in ihre Verfassungen geschrieben, auch eigenständige Vorstellungen vom guten Leben werden dort formuliert. Thomas Fatheuer (2011), früher für die Böll-Stiftung in Rio de Janeiro tätig, stellt das Konzept, welches in indigenen Traditionen wurzelt, keineswegs als „neue Heilslehre“ vor. Aber die dort mit einer breiten Debatte eingeleiteten Prozesse hätten mehr Beachtung verdient. Die beiden Andenländer wollten mit dem kolonialen Erbe und dem Neoliberalismus brechen, ohne sich dabei mit „Neuaufgüssen alter sozialistischer Ideen“ zu begnügen. Damit spielt Fatheuer auf den anders gelagerten, nicht nur negativ gewerteten Versuch von Hugo Chávez in Venezuela an. Brasilien mit seiner unter Lula da Silva forcierten Ausbeutung natürli-

cher Ressourcen war ebensowenig Vorbild.

Dass die zwei wirtschaftlich schwächeren Staaten sich dem alten Gegensatz von „Umwelt versus Entwicklung“ verweigern, müsste uns Ermutigung und Verpflichtung sein. „Es zeigt, dass Kritik am überkommenen Wachstumsmodell kein Luxus ist, der nur im entwickelten Norden seinen Platz hat.“ Mit dem derzeit modischen Glücksdiskurs habe das Konzept übrigens wenig zu tun. „Buen Vivir ist scharf abgegrenzt von der Idee des individuellen guten Lebens. Es ist nur im sozialen Zusammenhang denkbar, vermittelt durch die Gemeinschaft, in der die Menschen leben.“ Mit dem starken Rückbezug auf indigene Naturbegriffe wird diese Gemeinschaft so erweitert, dass eine „nachhaltige Entwicklung“ mit Megastaudämmen und Zuckerrohrmonokulturen kein Thema mehr sein kann.

Literatur

- Adler, Frank / Schachtschneider, Ulrich, 2010: Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise. München
- Altvater, Elmar, 2010: Der grosse Krach. Oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur. Münster
- Bundesamt für Umwelt, 2011: Grüne Wirtschaft. Umwelt. Natürliche Ressourcen in der Schweiz. Heft 2/2011. Bern. Download via www.bafu.admin.ch.
- Fatheuer, Thomas, 2011: Buen Vivir. Eine kurze Einführung in Lateinamerikas neue Konzepte zum guten Leben und zu den Rechten der Natur. Berlin. Download via www.boell.de
- „Jenseits des Wachstums?!“. Kongress-Dokumentation. www.jenseits-des-wachstums.de
- Luxemburg, 2011: Gerechte Übergänge. Heft 1, Hamburg
- Ringger, Beat, 2011: Masst euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus. Münster
- Welzer, Harald, 2011: Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam. Berlin. Download via www.boell.de.

In der Falle des grünen Kapitalismus

Der Attac-Kongress „Jenseits des Wachstums!“

Dass das globalisierungskritische Netzwerk Attac ausdrücklich die Auseinandersetzung um das Wachstumsthema führt, ist ein Zeichen der theoretischen Stärke und Lebendigkeit dieser Bewegung. In der praktischen Arbeit drängte sich mehr und mehr der Eindruck auf, dass die Vorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte einer Therapie der Symptome gleichkommen. Der Zwang zur Kapitalakkumulation auf immer höherer Stufe, der immer deutlicher an seine immanenten und externen Grenzen stößt, ist jedoch bekanntermaßen die eigentliche Krankheitsursache. Attac hat sich dieser Diagnose mutig und fachkundig gestellt.

Die erfreuliche Resonanz auf den Kongress – 2500 Teilnehmer und Teilnehmerinnen besuchten die etwa siebzig Veranstaltungen – zeigt, wie sehr damit die Kongressleitung den Nerv getroffen hat. Überwiegend junges Publikum kam zum Kongress, der vom 20. – 22. Mai die Hörsäle der Technischen Universität in Berlin füllte. Die starke internationale Beteiligung hatte insbesondere für Deutschland Signalwirkung. Anderswo in Europa ist die Décroissance- oder Degrowth-Bewegung bereits ein unübersehbar fester Bestandteil sozialer Bewegungen. Vergleichbares lässt sich in Deutschland noch nicht beobachten.

Bereits die Auftaktreden des Kongresses setzten klare Akzente, die in den nachfolgenden Debatten immer wieder aufgegriffen wurden. Neben der indischen Umweltaktivistin Vandana Shiva war es vor allem der ehemalige ecuadorianische Umweltminister Alberto Acosta, der einige entscheidende Steilvorlagen lieferte. Das sogenannte „grüne Wachstum“, das heißt die Fort-

schreibung der kapitalistischen Wachstumslogik mit anderen, angeblich umweltschonenden Mitteln, denunzierte er gründlich als einen „Alpträum“ und hielt dieses Reformkonzept für eine Falle. Damit bezog er Position in einer der entscheidensten Debatten, die der Kongress organisierte. Auffallend war, wie sehr die Vertreter des sogenannten „Green New Deal“, obwohl prominent vertreten, in die Defensive gerieten. Ihre Illusionen von einem Wachstum, das man vom Ressourcen- und Energieverbrauch entkoppeln könne, hielten keiner näheren Überprüfung stand. Eine der zentralen Podiumsveranstaltungen widmete sich explizit der Frage nach der Möglichkeit dieser „Entkopplung“.

Der britische Ökonom Tim Jackson, ohne Zweifel der prominenteste Teilnehmer an diesem Podium, hat in seinem Buch „Wohlstand ohne Wachstum“ (2011) diesen „Mythos der Entkopplung“ gründlich entlarvt. Er nennt das Setzen auf die kapitalistische Effizienz „schlichtweg eine Wahnsinnvorstellung“ und zeigt auf, dass nicht einmal eine relative Entkopplung stattfindet, geschweige denn eine, die das BIP-Wachstum wettmacht. Doch selbst mit dieser „absoluten Entkopplung“ wäre noch nichts gewonnen, geht es doch um eine nötige Reduktion des Energie- und Ressourcenverbrauchs um 90 Prozent!

Selbst der Vertreter der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung flankierte diese Position mit guten Argumenten. Sachkundig wurde aufgezeigt, wie gering die Spielräume technischer Effizienz tatsächlich sind und dass in den OECD-Ländern seit etwa 1990 eine Stagnation zu verzeichnen ist. Kein Wunder, unterliegt die Energie- und

Ressourceneffizienz doch dem Gesetz des abnehmenden Grenznutzens, das heißt, frühere diesbezügliche Fortschritte können nicht einfach linear in die Zukunft extrapoliert werden. So hat sich herausgestellt, dass in Deutschland im Zeitraum von 1990 bis 2008 lediglich ein Effizienzfortschritt von 40 Prozent zu verzeichnen war, wobei der Sonderfaktor des Zusammenbruchs der DDR-Wirtschaft daran den größten Anteil hat.

Die detaillierteste Studie dazu (an der Universität Montreal erstellt) rechnet weltweit auszuschöpfenden Effizienzpotenziale von 250 bis 320 Prozent bis zum Jahr 2100 hoch! Das alles ist also meilenweit entfernt von den Faktor-4,-5 oder gar -10-Rechnungen eines Ernst Ulrich von Weizsäcker und anderer Hofpropheten eines grünen Kapitalismus. Ebenso klar arbeiteten die Podiumsteilnehmer das begrenzte Potenzial der erneuerbaren Energien heraus. Eine wesentlich geringere Energiebedarf und damit ein wesentlich geringerer Energieerntefaktor dieser Energieformen lassen es nicht zu, das heutige Verbrauchsniveau aufrechtzuhalten.

Doch was folgt aus diesem Befund? Dass unter den Bedingungen von deutlich knapperen Ressourcen und von deutlich weniger Energie die Organisation einer solidarischen Gesellschaft nicht mehr innerhalb des kapitalistischen Systems gelingen kann! Diese Schlussfolgerungen zu ziehen blieb dem Vertreter der „Initiative Ökosozialismus“ auf dem Podium vorbehalten.

Eine Bereicherung für den Kongress war ohne Zweifel die Beteiligung des in Deutschland zurzeit führenden Postwachstumsökonomen, Niko Paech. Man hätte ihm nur gewünscht, dass ihm beim Auftaktpodium des Kongresses Teilnehmerinnen zugesellt worden wären, die auf Augenhöhe mit ihm

hätten debattieren können. Der Oldenburger Wirtschaftswissenschaftler hat gerade deshalb in Deutschland für einiges Aufsehen gesorgt, weil er keiner „linken“ Denkschule angehört und deshalb mit seiner fundierten Wachstumskritik gerade das bürgerliche Lager stark verunsichert. Dabei grenzt er sich deutlich von jenen Wachstumsskeptikern konservativer Provenienz ab, denen es lediglich darum ginge, eine Austeritätspolitik altbekannten Musters durchzusetzen.

Aber auch ein Teil des linken Spektrums ist nicht imstande, diesen Unterschied wahrzunehmen, geschweige denn die gewichtigen Argumente Paechs zur Kenntnis zu nehmen. Während sich orthodoxe Marxisten und gewerkschaftlich orientierte Ökonomen – wenn überhaupt – nur mit großer Mühe vom Wachstumsparadigma lösen können, hat Niko Paech mit ökonomischem Sachverständig die Entkoppelungsillusionen entzaubert, die Rebound- und Backfire-Effekte aufgezeigt, die einen geringeren spezifischen Ressourcenverbrauch stets durch einen gesteigerten Konsum überkompensieren, und vor allem auf die „langen Wertschöpfungsketten“, das heißt eine extrem in Einzelschritte zergliederte, international organisierte Produktion als wichtigen Wachstums treiber hingewiesen.

Während ein Großteil des linken Spektrums den konventionellen Denkschablonen verhaftet bleibt, steht für Paech der Industrialismus als solcher zur Disposition. Er verfolgt die Strategie, dem Kapitalismus dadurch den Rücken zuzukehren, dass man sich zunehmend von ihm emanzipiert, immer mehr Bereiche dem kapitalistischen Verwertungsprozess entzieht und wieder in die autonome Gestaltung des eigenen Daseins einbezieht. Daseinsmächtigkeit zurückzugewinnen und dadurch die Abhängigkeit von der

Fremdversorgung zu verringern: Darauf käme es jetzt an. Paech plädiert für eine Halbierung der Lohnarbeitszeit. Die so gewonnene Lebenszeit kann zur eigenständigen Organisation der wesentlichen Lebensbedürfnisse genutzt werden. Paech setzt seine Hoffnungen auf „Bottom-up“-Ansätze wie etwa die Transitiontown-Bewegung, in denen Menschen Solidarstrukturen von unten aufzubauen, um sich mehr und mehr vom kapitalistischen Verwertungswang zu emanzipieren.

Paechs Wachstumskritik ist zugleich eine radikale Konsumkritik. Leider beginnen hier die altbekannten Reflexe zu greifen, es werden ihm Etiketten wie „Verzichtsapostel“ und ähnliches angeklebt. Paech selbst aber spricht lieber von „Entrümpelung“, von einem industriellen Abrüstungsprozess, und er weist beharrlich darauf hin, welchen Wohlstand, insbesondere in Form von echter Lebenszeit, wir dann gewinnen können, wenn wir den Verwertungs- und Konsumimperativen des Kapitals den Gehorsam verweigern.

Die Grenzen und Defizite des Kongresses zeigten sich darin, welche zentralen Debatten nicht geführt wurden, darin, dass man viele Ansätze nebeneinander stehen ließ und eben nicht aufeinander bezog, und darin, dass viele nicht in der Lage waren, ihre eingebüten Politikstile und Argumentationen tatsächlich von der Brisanz der Wachstumsfrage herausfordern zu lassen. Sehr ernüchternd in diesem Sinne waren die Beiträge etlicher Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, die im Wesentlichen ihren altbekannten Katalog an politischen Forderungen präsentierten, ohne sich der entscheidenden Frage nach der Zukunft der Arbeitsgesellschaft angesichts der Grenzen des Wachstums zu stellen. Hier wich man auf die Floskeln von selektivem und qualitativem Wachstum,

auf den Ausweg „Dienstleistungsgesellschaft“ u.ä.m. aus. Man fühlte sich auf einer Zeitreise in die Siebzigerjahre. Es ist vor allem Angelika Zahrnt, der Ehrenvorsitzenden des BUND, zu verdanken, auf dem Abschlusspodium diesen Dissens in aller Deutlichkeit betont zu haben. Es bleibt die ernüchternde Erkenntnis, dass Gewerkschaften in Deutschland keine Bündnispartner, sondern – zumindestens vorläufig – immer noch zu stark Gegner eines Weges in eine Postwachstums gesellschaft sind.

Viel zu kurz kam auf dem Kongress eine radikale Industrialismuskritik. Enttäuschend war, dass der längst überfälligen Suffizienzdebatte kaum Raum gegeben wurde. Aus dem Befund, dass das Niveau des materiellen „Wohl standes“ wesentlich niedriger sein wird, folgt ja die Notwendigkeit einer solidarischen Verständigung darüber, wohin wir in Zukunft die knappen Ressourcen lenken wollen. Die vielbeschworene Formel vom „guten Leben“ bleibt ja ohne diese Debatte eine bloße Formel.

Der Kongress leistete es auch nicht, innerhalb von Attac sehr breit akzeptierte Politikvorschläge konsequent darauf hin zu befragen, inwieweit sie eigentlich mit dem Postulat eines Ausstiegs aus der Wachstumsgesellschaft vereinbar sind. Als Beispiel dafür kann die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen dienen, das innerhalb von Attac auf einige Sympathie stösst. Man versäumt es aber, sich der Tatsache zu stellen, dass die verschiedenen Konzepte des bedingungslosen Grundeinkommens ausdrücklich genau jenes BIP-Wachstum zur Voraussetzung haben, das unweigerlich an sein Ende gelangt.

Unterblieben ist auch, die An schlussfähigkeit Niko Paechs an dezi diert sozialistische Positionen auszu testen. Spannend wäre es etwa auszu

loten gewesen, inwiefern sich seine „Bottom-up“-Strategie als kompatibel und ergänzungsfähig respektive -bedürftig zu ökosozialistischen Ansätzen erweist, die bei der Umgestaltung der Makroökonomie auf starke Planungselemente setzen. Dies alles bleiben nachzuholende Diskussionen. Es wird die Aufgabe von Attac, aber auch der Bündnispartner des Kongresses (partei- und gewerkschaftsnahe Stiftungen) sein, für diese Debatten geeignete Foren zu schaffen.

Ein Kongress ist zunächst ein puntuelleres Ereignis, das öffentliche Aufmerksamkeit erzeugt und innerhalb der Bewegung wichtige Lernprozesse in Gang setzt. Entscheidend wird es sein,

ob es gelingt, die Impulse des Kongresses so aufzunehmen, dass sich eine kompetente Wachstumskritik verstetigt. Worauf sich m.E. die Debatte jetzt konzentrieren müsste, sind konkrete Exit-Strategien aus der Wachstumsellschaft: Welche Spielräume und Instrumente gibt es dafür, an welche Bewegungen und Widersprüche lässt sich hier anknüpfen? Die Kongress-Vorbereitungsgruppe hat eine Stellungnahme verfasst, die hierfür brauchbare Anknüpfungspunkte liefert. Die aktuelle Debatte um die zukünftige Energieversorgung wird mit Sicherheit besonders bedeutsam sein.

Bruno Kern

Autoritäre Lösung der Ökokrise? Neue Kontroversen

Der Berliner Kongress von Attac hat gezeigt: Das globalisierungskritische Netzwerk beginnt seinen Slogan, eine andere Welt sei möglich, einzulösen. Debatten um solidarische Ökonomie und Commons als eine Alternative zur kapitalistischen Wirtschaftsweise verbinden sich mit einer radikalen Kritik des „Green New Deal“. Der Attac Basis-Text „Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte“ (2011) von Matthias Schmelzer und Alexis Passadakis, eine hervorragende Darstellung der Wachstumskritik, bringt dies auf den Punkt.

Die Schwerpunktverlagerung bei Attac erzeugt freilich neue Kontroversen. Diese deuteten sich am Kongress schon am Auftaktpodium mit Niko Paech an. Den ehemaligen TV-Modera-

tor halten manche Linke für einen Verbündeten. Soweit es um eine Kritik des Mythos der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch geht, stimmt das auch. Allerdings spricht Paech da nur aus, was ohnehin alle wissen, die, anders als Paech, auch dazu forschen. Die Lösung der ökologischen Krise ist jedoch kein technisches Problem. Wo es um die Frage der sozialen Alternativen geht, entpuppt sich Paech als Vorreiter in der ökologischen Falllinie des Kapitals.

Dazu passend liefert er eine haarsträubende Erklärung für den Wachstumzwang. Die sieht er nämlich in der Arbeitsteilung, wie er im Attac-Sammelband „Ausgewachsen!“ (Werner Rätz u.a., Hrsg., 2011) festhält. Ein „Fremdversorgungssyndrom“ sei es,

das die Menschen einer „geldspeienden Wachstumsmaschine“ ausliefere. Der gesellschaftliche Charakter der Produktion im Kapitalismus firmiert bei ihm als Fremdversorgung, eine Kernfigur rechter Ideologie.

Sobald eine Produktion, die vormals an einen Standort gebunden war, in einzelne Fertigungsschritte zerlegt wird, komme es, meint Paech, zu Spezialisierungsgewinnen. Weil jede Fertigungsstufe Fremdkapital investieren muss, fallen auch auf jeder Stufe Zinsen an. „Folglich muss in jeder Periode ein entsprechender Überschuss erwirtschaftet werden“, heißt es, und weiter: „Das zur Stabilisierung des Gesamtprozesses erforderliche Wachstum steigt also mit zunehmender Spezialisierung, das heißt mit der Anzahl eigenständiger Betriebe und dem notwendigen Überschuss, um das Risiko des Investors mindestens zu kompensieren.“

Da spielt sich alles. Der im Zuge der Globalisierung enorm gestiegene Grad der Arbeitsteilung ging nicht mit einer Steigerung der Wachstumsraten einher, sondern mit deren Abnahme. Die Globalisierung vergrößerte auch das Unternehmensrisiko im Vergleich zur forditschen Periode. Die Zinsrate steht mit der Wachstumsrate in einem negativen Zusammenhang. Schließlich steigt das Wachstum, anders als Paech behauptet, nicht, sondern nimmt ab. Der absolute Zuwachs der Wirtschaftsleistung bleibt langfristig konstant, womit die Wachstumsrate sinkt. Und nichts deutet darauf hin, dass die „Anzahl eigenständiger Betriebe“ mit dem Wachstum korreliert ist.

Den Wachstumswang verursacht in Wirklichkeit die Konkurrenz um den Profit, die der Markt zwischen den Betrieben setzt. Das hat nichts mit der Arbeitsteilung zu tun, sondern mit der Geldwirtschaft. Der *Drang* zum

Wachstum resultiert aus dem abstrakte Charakter des Geldes. Als allgemeine Reichtumsform ist seine Vermehrung das Ziel aller Produktion, die damit rast- und maßlos wird. Die falsche Wachstumserklärung Paechs will dagegen Markt und Kapital aus der Schusslinie der Wachstumskritik bug-sieren. Seine Lösung schreibt daher den Weltmarkt in reduziertem Ausmaß fort. Wie dieser dauerhaft konstant bleiben soll, erklärt Paech nicht. Dafür propagiert er Regionalwährungen: „So würden die Effizienzvorteile einer geldbasierten Arbeitsteilung weiterhin genutzt“. Das Effizienzkriterium der geldbasierten Arbeitsteilung ist freilich die Profitrate. Die Regionalwährungsringe unterliegen also der von ihm inkriminierten Wachstumslogik.

Daneben setzt er sich für eine Halbierung der Erwerbsarbeit ein. Die Frage des Lohnausgleichs umgeht er charmant. Die Arbeitszeitverkürzung soll Zeit für unbezahlte Eigenarbeit freischaufeln. Das liegt jedoch ohnehin in der Falldlinie des Kapitals, das an natürliche und soziale Wachstumsgrenzen stößt und seine Akkumulation auf die auch unter verschärften Marktbedingungen noch konkurrenzfähigen Regionen und Betriebe einschränken wird, unter Ausstoß der „Überbevölkerung“, die nolens volens ihre Karotten wieder selber anbauen wird, bei halbem Lohn und einer verstärkten Zuweisung von Care-Tätigkeiten an die Frauen. Auch davon spricht Paech nicht.

Paechs bevorzugte Publikationsorgane für seine „Alternative“ sind übrigens die der Freiwirtschaft, die auf den Unternehmer Silvio Gesell zurückgeht und nach ihrer ersten Blüte im Vorfeld des Nationalsozialismus fröhliche Urständ feiert. Sie leugnet den Klassenantagonismus zwischen Kapital und Arbeit, verteufelt stattdessen den Zins und sucht die Allianz mit „kleinen

Unternehmern“. Der Zins wird vor allem deshalb abgelehnt, weil er scheinbar das einzige arbeitslose Einkommen ist, und, bei Gesell im Vordergrund, die Selektion der „Tüchtigsten“ durch die Konkurrenz am Markt verzerrt. Seit den 1970er Jahren vermählt sich die Freiwirtschaft zusehends mit der ökologischen Wachstumskritik.

Die sogenannte Zinskritik der Freiwirtschaft war bei Gesell selbst und ist in Teilen dieser Strömung offen antisemitisch. Nicht jede zinskritische Position, die die Übel des Kapitalismus auf den Zins zurückführen will und den Markt und die Konkurrenz affirmsiert, ist antisemitisch. Sie deckt sich jedoch mit der politischen Ökonomie des Anti-

semitismus, die Gesell, zentrale Inspiration des NS-Parteiideologen Gottfried Feder, formuliert hat.

Nun muss Paech keine Sympathien für derlei hegen. Es befremdet jedoch, dass es Linke für nötig halten, mit Paechs Ansatz zu kokettieren. Von der autoritären Illusion getrieben, man könne aus massenmedialer Popularität politisches Kapital schlagen, wo die eigene soziale Bewegungskraft und kritische Energie nicht für eine Veränderung ausreichen, wirft sich so mancher einem Blender an den Hals. Man sollte genau überlegen, mit wem man sich hier ins Boot setzen will.

Andreas Exner

Roland Herzog / Hans Schäppi

Organizing – und die Demokratisierung der Gewerkschaften

Organizing wird inzwischen auch in Gewerkschaftskreisen hierzulande diskutiert. Mit Organizingprojekten werden Erwartungen verknüpft, dass die Gewerkschaften endlich wieder wachsen. Mit Organizing werden allerdings auch unterschiedlichste Vorstellungen verbunden. Diese reichen von der Strategie einer intensiven und prioritären Mitgliedergewinnung bis zu einer tiefgreifenden Neuausrichtung von Gewerkschaftspolitik und Gewerkschaftsstrukturen. Als gemeinsames Ziel gilt allen die Erweiterung gewerkschaftlicher Organisationsmacht. Weil darüber hinaus aber kaum Einigkeit besteht, sind kritische Beiträge zur ganzen Thematik nicht überraschend und die Debatte darüber notwendig. Nachfolgend werden zwei Bücher besprochen, die sich zum einen schwerpunktmässig

mit Organizing in Deutschland und zum anderen mit Auseinandersetzungen in den amerikanischen Gewerkschaften beschäftigen. Interessant wäre auch eine Auseinandersetzung mit den hiesigen Organizingprojekten, was aber den Rahmen hier spengen würde.

Die beiden Buchautoren, Peter Birke und Steve Early, entstammen der Gewerkschaftslinken und ihre Berichte belegen eindrücklich, dass Debatten um Organizing und Demokratisierung und den damit verbundenen konkreten Erfahrungen dringend notwendig sind. Für die USA lässt sich zum Beispiel aufzeigen, wie die Demokratisierung in den Gewerkschaften mit autoritären Organizingansätzen blockiert und zurückgedrängt werden kann. Dies gilt insbesondere für einen technokratisch geprägten Top-down-Ansatz, der im

Gegensatz zu einer Organisierung von unten, also zu einer Ausweitung der Selbstorganisierung der Beschäftigten, steht und entlang von vorhandenen Konfliktlinien ausgerichtet wird. Auch für Deutschland können durchaus widersprüchliche Entwicklungen festgestellt werden. Weil aber die institutionellen Bedingungen von Land zu Land differieren, hat sich die Auseinandersetzung mit den jeweils vorliegenden Ansätzen und Erfahrungen auf die länderspezifischen Gegebenheiten zu beziehen; Übertragungen sind wohl nur sehr beschränkt möglich. Innergewerkschaftliche Demokratie und Partizipation erhöhen selbstverständlich die Anziehungskraft für potenzielle Mitglieder. Die umfassende Demokratisierung von Gewerkschaften ist ein zentraler Schlüssel für die erfolgreiche Organisierung.

Mit dem Ende des Industrialismus und durch die neoliberalen Angriffe wurden die Gewerkschaften geschwächt. Die Reduktion der Mitgliederbindung und hohe Verluste bei den Mitgliederzahlen sind in den USA, in Deutschland, aber auch in England und Australien stark ausgeprägt. Der Organisationsgrad in den USA fiel von rund 35 Prozent anfangs der 1950er-Jahre auf noch etwa 12 Prozent heute. Dabei sind die Mitgliederzahlen im öffentlichen Sektor seit 2009 höher als im privaten. In der Schweiz reduzierte sich der Organisationsgrad ebenfalls deutlich. Beim SGB fällt der Mitgliederhöhpunkt auf das Jahr 1976! Daher erstaunt es nicht, dass Organizing-Debatten im Trend sind. In der Schweiz weist die Diskussion allerdings einen grossen Rückstand auf, in Deutschland hat die frühere Euphorie für die amerikanischen Dienstleistungsgewerkschaft Service Employees International Union (SEIU) spürbar abgenommen und ist einer kritischen Aufarbeitung gewichen.

Überdies sind vermehrt Forschungsprogramme und Untersuchungen zur Entwicklung der Gewerkschaften und zu den heutigen Arbeitskämpfen im Gange (vgl. z.B. Brinkmann 2008, Bewernitz 2008, Haipeter/Dörre 2011).

In Deutschland erschien vor knapp einem Jahr das Buch „Die grosse Wut und die kleinen Schritte“ von Peter Birke. Der Untertitel lautet aussagekräftiger „Gewerkschaftliches Organizing zwischen Protest und Projekt“. Er gelangt zu einer skeptischen Einschätzung, was Mitgliederwachstum wie auch Erhöhung der Konfliktfähigkeit der Gewerkschaften angeht. Bereits der Begriff des Organizing werde sehr unterschiedlich verstanden und für verschiedenste Ansätze verwendet. Häufig fehle eine klare Definition. Birke spricht daher von einem „Container-Wort“, in das Unterschiedliches hineinpasste. Gleichwohl schliesst er sich einem „umfassenden Ansatz“ an, der von der Recherche und strategischen Kampagnenplanung über den Einsatz von spezialisierten OrganizerInnen bis zur professionellen Ausbildung geht.

Zwar könne die heutige Situation nicht mit der Zeit des Fabrikradikalismus der 60er und 70er Jahre in Italien und Frankreich verglichen werden. Dennoch gehe es aber auch heute darum, Netzwerke zu bilden und die Selbstorganisation der Beschäftigten zu stärken. Gewerkschaften selber sind für Birke „Ordnungsfaktoren“ in der kapitalistischen Welt. In dieser nehmen Entgarantierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse immer mehr zu, und daher müsse mittels Organizing – im Sinne von Organisierung der Unorganisierten – diesen Entwicklungen begegnet werden. Mit Organizingprojekten können Probleme aufgegriffen und die sozialen Verhältnisse verbessert werden, und es

könne allenfalls sogar gelingen, dass Gewerkschaften neue „Gestaltungsmacht“ gewinnen.

In der Praxis gebe es dann aber höchst unterschiedliche Erfahrungen, die in einem Fall sogar zu einer Kundgebung der Beschäftigten eines Callcenters gegen ‘ihre’ Gewerkschaft führten. Zu Recht betont Birke, dass die Organizing-Diskussionen wohl in direktem Zusammenhang mit Mitgliederverlusten, vor allem aber auch mit dem Rückgang des institutionellen Einflusses der Gewerkschaften stehen. Außerdem bringt Birke Beispiele, die belegen, wie sehr heute der Social Movement Unionism in eine Krise geraten ist, und wie radikale Gewerkschaften zusammen mit anderen sozialen Bewegungen, z.B. in Südafrika, wieder in neoliberale Projekte inkorporiert worden sind.

Birke wirft zwar grundsätzliche Fragen auf, doch deren Beantwortung bleibt seltsam unbestimmt. Zum Schluss seines Buches versucht er, über drei Typen von Konflikten die Organizing-Projekte genauer zu situieren. Unterschieden werden innerbetriebliche Konflikte, Arbeitskämpfe und Imagekämpfe, an die Organizing und Campaigning anzuknüpfen hätten. Eine Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung werde sich in naher Zeit nur dann einstellen, wenn diese Projekte nicht isolierte Einzelfälle bleiben, intensiv untersucht und bilanziert werden, sich in ihnen die Handlungsmöglichkeiten der Beschäftigten eröffnen und nicht allein der Apparat mit einem Top-down-Ansatz kleine Erfolge verbuchen könne. Ein grundsätzliches Problem sei es in jedem Fall, wenn die OrganizerInnen als ‘Externe’ in Funktion träten.

Gleichzeitig erwähnt Birke aber auch das Ansteigen von vielfältigen Formen sozialer Konflikte, von social unrest (Beverly Silver 2005) und erneutem

Kämpfen zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen und für demokratische Verhältnisse. In der Zuspitzung von Auseinandersetzungen, mithin letztlich im Streik, sollen neue Mitglieder gewonnen werden. Die Organisierung im Konfliktzusammenhang kann längerfristig zu einer stärkeren Mitgliederbindung führen (vgl. dazu auch Dribusch in Haipeter/Dörre 2011).

Dieses spannend zu lesende Buch ist, wie der Autor selber festhält, essayistisch angelegt. Es fehlt ihm daher etwas an analytischer Präzision, und leider werden die häufig sehr prekären Arbeitsbedingungen von OrganizerInnen nur ansatzweise einbezogen. Es finden sich aber immerhin Aussagen ehemaliger ProjektmitarbeiterInnen, die den autoritären und instrumentellen Charakter dieser Projekte kritisieren. In dieser Hinsicht etwas mehr Licht ins Dunkle der Arbeitsbedingungen von amerikanischen und deutschen OrganizerInnen bringt ein neuer Aufsatz von Berger/Meyer (2011) über „Linkes Co-Management“. Neben den Hinweisen auf sehr lange Arbeitszeiten, hohe Fluktuation, geringe und prekäre Entlohnung, Höchstanforderungen an Mobilität und strikter Kontrolle finden oft auch auch strenge Ausleseverfahren statt.

Birke bezieht sich auch explizit auf die aktuelle Situation der Gewerkschaften in den USA. Die zugänglichen Informationen schwanken zwischen Revitalisierungsbestrebungen und grossen Konflikten. Kürzlich hat nun Steve Early unter dem Titel „The Civil Wars in U.S. Labor“ ein weiteres materialreiches Buch herausgegeben. In zehn Kapitel zeichnet er die Auseinandersetzungen in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren nach. Im Zentrum stehen der „scramble for new members“, die Arbeit mit vielen Problemen in Callcenters,

vor allem aber die amerikanische Dienstleistungsgewerkschaft SEIU. Early legt dar, wie es AktivistInnen aus der 68er- und Anti-Vietnamkriegsbewegung gelungen ist, an die Spitze dieser Gewerkschaft zu gelangen und dabei eine zunächst ziemlich erfolgreiche Phase einzuleiten. Mit straffer Führung, Ernennung und Protektion für die handverlesenen Personen der Führungszyklus, gewiefter Rhetorik und fortwährender Propaganda wurde die Kontrolle von oben durchgesetzt und verstärkt. Die internen Auseinandersetzungen konnten dennoch immer weniger unter dem Deckel gehalten werden und so kam es schliesslich zu vielen Konfrontationen.

Besonders aussagekräftig ist die Analyse der Situation im kalifornischen Gesundheitssektor. Dort wurde die Führung von UHW (United Healthcare Workers) durch die SEIU-Zentrale entmachtet, und anschliessend ergab sich eine sehr kostenträchtige Konfrontation mit der neugegründeten NUHW (National Union of Healthcare Workers) hinsichtlich Gewerkschaftszugehörigkeit der Beschäftigten beim Gesundheitskonzern Kaiser Permanente. Die SEIU konnte sich schliesslich durchsetzen, doch dieser Erfolg hinterliess grosse Risse. Kommt es zu Desillusionierungserfahrungen bei den Basismitgliedern, zu Fällen von Geldverschwendungen und überrissenen Spitzengehältern, werden lokale Sektionen entmachtet und unter zentrale Aufsicht gestellt, Versammlungen unter Polizeischutz abgehalten und Konflikte mit dem Checkbuch gelöst, dann sind die Aussichten für die gewerkschaftliche Erneuerung äusserst schlecht.

Hinzu kamen Zahlungen in hohen zweistelligen Millionenbeträgen für die Präsidentschaftswahl von Obama sowie für die Demokraten bei den Midterm-Wahlen. Die erhoffte Stärkung von

Gewerkschaftsrechten hat sich jedoch nicht eingestellt, was angesichts des engen politischen Spielraums in den USA natürlich kaum erstaunt.

Wenn geschätzt wird, dass rund 140 Mio. \$ ausgegeben wurden, um die zwischengewerkschaftlichen und internen Auseinandersetzungen zu führen, dann wird das Ganze absurd. Anstatt dieses Geld für konkrete Organisationsbestrebungen oder für zukunftsfähige Kampagnen zur Verfügung zu stellen, werden Auseinandersetzungen geführt, die der Gewerkschaftsbewegung gesamthaft schaden.

Von daher ist Steve Early überzeugt, dass ein neues Gewerkschaftsmodell in den USA nicht wie eine von oben nach unten durchstrukturierte Pyramide nach dem Beispiel der SEIU aussehen wird. Vielmehr setzt Early auf eine Aktivierung der Mitgliederbasis, die die Organisierung primär selber vorantreiben müsse. Der Aufbau müsse von unten ausgehen, die bestehenden Konfliktlinien seien zu vertiefen und die organisatorischen Ansätze müssten ausgedehnt werden. Nur wenn die Auseinandersetzungen von den Basismitgliedern getragen und erweitert werden, erfolge eine verstärkte Organisierung – diese lasse sich nicht verordnen. Bestimmt hingegen letzteres die Strategie, dann werden die demokratische Entscheidungsfindung und die Demokratisierung als Weg zur Erneuerung der Gewerkschaften verbaut. Des Weiteren genügt es nicht, nur die verschiedenen Organizingprojekte zu beschreiben, ohne die Veränderungen in den Arbeitsprozessen und die Neuzusammensetzungen von Arbeitskämpfen und Klassenformationen genau zu analysieren. Jedenfalls wird klar, dass die Übernahme oder Anwendung von Rezepten – seien es amerikanische oder deutsche – aus anderen gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhängen nicht sinnvoll und manchmal sogar

hinderlich ist. Dies gilt umso mehr, wenn die Hintergründe der Auseinandersetzungen, dieser detailliert beschriebene Bürgerkrieg bei U.S. Labor, nicht zu Kenntnis genommen werden.

Zusammen mit der Lektüre von Kim Moody, der in seinem Buch „Labour Trouble and Transition“ von 2007 bereits etwas früher auf die Notwendigkeit einer Erneuerung der amerikanischen Gewerkschaften von unten aufmerksam gemacht hat, geben die zwei Bücher von Steve Early einen sehr guten Einblick in die aktuellen Entwicklungen der amerikanischen Gewerkschaftslandschaft.

Wird davon ausgegangen, dass dem Kapital nur durch massenhafte Organisierung und Mobilisierung von Frauen und Männern in unterschiedlichsten Arbeitsverhältnissen Gegenmacht entsteht, dann muss mit Organizingansätzen und Demokratisierungsbestrebungen sorgfältig umgegangen werden. Es gilt die Erfahrungen genau zu bilanzieren, deren Entstehungsbedingungen differenziert zu berücksichtigen und die Aussichten umsichtig einzuschätzen.

Die beiden hier vorgestellten Bücher und die am Rande zusätzlich herbeigezogene Literatur versammeln informative Fallbeispiele, unterschiedliche Einschätzungen, halten aber auch Ambivalenzen und Unklarheiten sowie nicht zuletzt negative Entwicklungen bei SEIU fest. Deren Organizingprojekte haben nicht die Basismobilisierung zum Ziel, sondern führen auch zur Stärkung des Zentralismus und der autoritären Führung in Gewerkschaften. Für Deutschland kommt Dörre (2011) zum Schluss, dass der aktuelle und schwächelnde ‘Krisenkorporatismus’ im Kern weiterhin die Pazifizierung des Klassenkonflikts anstrebt; Organizing und Campaigning wären daher vornehmlich technokratische Rekrutierungsmassnahmen, solange sie nicht zu einem Teil einer kohärenten gewerkschaftlichen Modernisierungsstrategie würden. Es geht jedoch heute nicht nur um die Modernisierung der Gewerkschaften. Im Zentrum muss vorab das Ziel einer gewerkschaftlichen Erneuerung „von unten“ stehen.

Literatur

- Berger, Reiner / Meyer, Malte, 2011: Linkes Co-Management. Kritische Bemerkungen zu Ideologie und Praxis gewerkschaftlichen Organizings. In: Bruch, Michael / Schaffar, Wolfram / Scheiffele, Peter (Hrsg.): Organisation und Kritik, Münster
- Bewernitz, Torsten (Hrsg.), 2008: Die neuen Streiks. Münster
- Birke, Peter, 2010: Die grosse Wut und die kleinen Schritte. Berlin / Hamburg
- Bremme, Peter / Furniss, Ulrike / Meinecke, Ulrich (Hrsg.), 2007: Never work alone. Hamburg
- Brinkmann, Ulrich et al., 2008: Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umrisse eines Forschungsprogramms. Wiesbaden
- Early, Steve, 2009: Embedded with Organized Labor. New York
- Early, Steve, 2011: The Civil Wars in U.S. Labor, Birth of a New Workers' Movement or Death Throes of the Old? Chicago
- Haipeter, Thomas / Dörre Klaus (Hrsg.), 2011: Gewerkschaftliche Modernisierung. Wiesbaden
- Hälker, Jury (Hrsg.), 2008: Organizing, Neue Wege gewerkschaftlicher Organisation. Supplement der Zeitschrift Sozialismus Heft 9, Hamburg
- Moody, Kim, 2007: U.S. Labor in Trouble and Transition: The Failure of Reform from Above, the Promise of Revival from Below. London / New York
- Schroth, Heidi, 2009: Klinken putzen!? Hamburg
- Silver, Beverly, 2005: Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870. Berlin / Hamburg

Die Krisen des Kapitalismus

Zur ersten Tagung der Robert-Grimm-Gesellschaft

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krisenlage gewinnt die Beschäftigung mit der Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung wieder an Bedeutung. So war es naheliegend, dass die erste Tagung der Robert-Grimm-Gesellschaft, die am 16. April 2011 in Grimms Geburtsort Wald (Zürcher Oberland) stattfand, sich dem Thema „Die Krisen des Kapitalismus – gestern, heute, morgen“ widmete. Ein erster Block der Tagung drehte sich um die Fragen, wie Robert Grimm die Krisen seiner Zeit analysiert und welche politischen Wege zur Krisenüberwindung er vorgeschlagen hat. Ein zweiter Block der Tagung beschäftigte sich mit der aktuellen grossen Krise des Kapitalismus und linken Strategien der Krisenüberwindung.

Damit setzt sich die Diskussion um Grimms Leben und Werk fort, die mit der Tagung an der Universität Bern anlässlich des 50. Todestags (vgl. Widerspruch 54/2008) einen neuen Impuls erhielt. Die Herausgabe des Tagungsbands ist bis Ende dieses Jahres vorgesehen. Die Robert-Grimm-Gesellschaft gründete sich letztes Jahr auf Initiative der SP Wald. Die Tagung der Gesellschaft fand in der Kantine der Bioengineering AG statt. Diese biotechnische Produktionsanlagen planende und erstellende Firma nutzt heute das Werkgelände der Weberei Oberholzer, in der Grimms Eltern arbeiteten. Auf dem Werkgelände befindet sich auch Grimms Geburtshaus.

Das erste Referat mit dem Titel „Robert Grimm und die Krisen des Kapitalismus“ hielten Monika Wicki und Hans Schäppi gemeinsam. Wicki stellte die Schriften Robert Grimms zu den Wirtschaftskrisen von 1908 und

1929 vor. Interpretierte Grimm die erstere als zyklische Krisen, so ging er bei der Weltwirtschaftskrise von 1929 von einer grundlegenden Systemkrise des Kapitalismus aus. Einen Ausweg aus der Krise bot für Grimm daher nur der Übergang zum Sozialismus, wobei er krisenmildernde Reformen nicht ausschloss.

Hans Schäppi grenzte Grimms Verständnis der Weltwirtschaftskrise als eine Systemkrise von der zeitgenössischen orthodox-liberalen Krisendiagnose ab, welche Preis- und Lohnsenkungen, also eine Deflationspolitik forderte, als auch von den reformistischen kaufkrafttheoretischen Ansätzen, wonach die Krise als zyklische Krise verstanden wurde und so mit einer Stärkung der Kaufkraft überwunden werden könnte. Auch ordnete er Grimms Analysen im Rahmen der marxistischen Krisentheorien ein: Von einer Systemkrise sprach Grimm deshalb, weil der frühere Ausweg aus der Krise über eine Erschliessung neuer Märkte für Waren und Kapital in den 30er-Jahren versperrt war, da die früheren Kolonien und aussereuropäischen Nationen, wie die USA, nun zu Konkurrenten geworden seien.

Wie Hans Schäppi zeigte, erwartete Grimm somit, der Sozialismus werde sich als Folge der Krise und nicht der Prosperität durchsetzen. Durch das Erstarken der Arbeiterbewegung habe sich, so Grimms Einschätzung – wohl in Anlehnung an Otto Bauers an die Marx'sche Analyse des Bonapartismus angelehnte Faschismustheorie –, ein Gleichgewicht der Kräfte herausgebildet, das im Zuge der Kämpfe gegen die Krise zugunsten der Lohnabhängigen verändert werden könne. Der Übergang

vom Kapitalismus zum Sozialismus war für ihn aber nur im internationalen Zusammenhang denkbar.

Folgerichtig sah er deshalb nach dem Sieg des Faschismus in Deutschland und Österreich den politischen Handlungsspielraum für einen absehbaren Übergang zum Sozialismus nicht mehr als gegeben an. Priorität hatten für ihn nun Massnahmen zur Arbeitsbeschaffung und Existenzsicherung auf der Basis einer breiten Bündnispolitik gegen Krise und Faschismus. Mit dem SP-Programm von 1935, dessen Hauptverfasser wie beim Vorgängerdokument von 1920 Grimm war, wurde diese veränderte Lage politisch verarbeitet. Die zentrale Formel des Abschnitts „Der Weg des Sozialismus“ war nicht mehr wie 1920 die Perspektive „Diktatur des Proletariats“, sondern „Schutz der Demokratie“. Konsequenterweise war die SPS nun bereit, im Parlament den Militärausgaben zuzustimmen.

Unter dem Titel „Robert Grimm, die Weltwirtschaftskrise und der Faschismus“ zeigte der Verfasser, welche politische Vorschläge zur Krisenüberwindung Grimm auf den verschiedensten Ebenen unterbreitet hat: in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI), im Nationalrat, aber auch in seiner Rolle als Gemeindeexekutivpolitischer und Gutachter des Bundesrats. Am SAI-Kongress von 1931 stand der Kampf gegen Krieg, Faschismus und die Krise im Zentrum der Diskussionen. Grimm hielt an diesem Kongress das Hauptreferat zum Traktandum „Die Weltwirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit“. Zwar sei es nicht in Abrede zu stellen, dass die Weltwirtschaftskrise schliesslich – anders als Grimm damals erwartete – ohne Bruch mit dem Kapitalismus überwunden wurde.

Allerdings, so der Verfasser, war der Preis für diesen Weg sehr hoch, führte er doch über den Zweiten Weltkrieg.

Auch in den vom Krieg verschonten Ländern wie der Schweiz nahm das Ausmass der Staatsintervention in die Wirtschaft qualitativ neue Dimensionen an. An der breit abgestützten Kompromissfindung in der Finanz- und Wirtschaftspolitik am Ende der 1930er Jahre, die diesen Prozess in der Schweiz begleitete, war auch Grimm massgeblich beteiligt. Dabei blieb er sich der Begrenztheit der von ihm unterstützten Massnahmen voll bewusst und hielt zeitlebens an einer sozialistischen Perspektive fest.

Mit Michael Krätke gelang es der Robert-Grimm-Gesellschaft einen profilierten Referenten für eine historisch vergleichende politisch-ökonomische Analyse der heutigen Weltwirtschaftskrise zu gewinnen. Da man von einer reinen Finanzkrise nicht reden kann, handle es sich bei der aktuellen Krise um die – je nachdem ob man den Krisenzyklus von 1973 bis 1993 mitzähle – dritte oder vierte Große Depression in der Geschichte der kapitalistischen Weltwirtschaft. Direkt mit dem Platzen der spekulativen Subprime-Blase verknüpft hat über die faktische Verstaatlichung der Banken die Schuldenkrise der Staaten gewaltig zugemommen. In sämtlichen Weltmarktindustrien (Auto, Textilien, Chemie etc.) bestehen nach wie vor enorme Überkapazitäten. Grundlegende Unterschiede zur im Verlauf und den Dimensionen ähnlichen Weltwirtschaftskrise der 1930er sah Krätke in den heute bestehenden internationalen Institutionen (Bretton Woods, G8, G20 und EU) und der verstärkten Kooperation der Regierungen und der Zentralbanken. Während die Kolonien von der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre nur indirekt betroffen waren, zählen heute einige der Schwellenländer zu gewichtigen Akteuren in den Auseinandersetzungen der Weltwirtschaftskrise. Zudem stehe in

den nächsten zwanzig Jahren dringend der Umbau des bisherigen fossil-nuklearen Energieregimes an – eine in allen vorherigen Krisen so nicht dagewesene globale Herausforderung.

Im weiteren Referat zur aktuellen Weltwirtschaftskrise wies die bekannte Ökonomin Mascha Madörin darauf hin, dass in der Diskussion darüber, welche Alternativkonzepte zur Abwehr der Krisenfolgen und zur Überwindung der Krise denkbar seien, der existentielle Lebensfragen tangierende Sektor der Care-Ökonomie nicht übersehen werden dürfe. Gerade die von politisch rechter Seite nun geforderten Sparmassnahmen im öffentlichen Sektor werden zunehmend zu einer Mehrbelastung vor allem der Frauen führen, da sie unbezahlt zu leistende Pflege- und Erziehungsaufgaben übernehmen.

Als Kommentator der beiden ökonomischen Referate warf der Zürcher Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann die Frage auf, ob man überhaupt von *einer* Krise sprechen könne. Fasse man die unterschiedlichsten Erscheinungen zu einer grossen Krise zusammen, bestehe möglicherweise die Gefahr, dass man sich Wege zum Verständnis und zur Überwindung der Teilkrisen versperre.

Die Tagung schloss mit einem von Hans Schäppi geleiteten Podiumsgespräch zu den Perspektiven der Linken bzw. zu den Strategien der Krisenüberwindung, an dem neben den Referenten Madörin und Krätke auch SGB-Zentralsekretär Rolf Zimmermann und die Zürcher SP-Gemeinderätin und Unternehmerin Jacqueline Badran teilnahmen. Zimmermann unterstrich nochmals den engen Zusammenhang der gegenwärtigen Krise mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik. Durch die jahrelange Politik der Steuergeschenke und Privatisierungen wuchsen die sehr grossen Vermögen. Angelegt wurden

diese unter anderem in diejenigen spekulativen Anlagevehikel, die am Anfang der Finanzkrisen standen. Um die staatliche Refinanzierung der Banken zu ermöglichen, wird nun erneut eine Welle von Sparmassnahmen und einer noch stärkeren Umverteilung von unten nach oben in Gang gesetzt. In dieser Situation ist es für die Gewerkschaften zentral, für anständige Löhne und Sozialleistungen zu kämpfen. Überdies seien die öffentlichen Dienste von zentraler Bedeutung, deren Liberalisierung und Privatisierung die Gewerkschaften vehement ablehnen.

Jacqueline Badran plädierte dafür, die linke Kritik müsse dezidierter die grossen Vermögensbesitzer ins Visier nehmen müsse, die überrissenen Managersaläre seien nur die Spitze des Eisbergs. Zudem hält sie eine fundiertere Erforschung der spekulativen Teile der Finanzwirtschaft und eine stärkere Regulierung auf mikroökonomischer Ebene für notwendig, zum Beispiel durch ein „Zulassungsverfahren“ für Anlagefonds. Darauf erwiderte Krätke, die Basislogik der „strukturierten Produkte“ sei durchaus bekannt: Hochriskante Kredite seien in undurchsichtige Pakete verpackt worden, bis heute wisse man nicht, wo sich die toxischen Kredite genau befänden. Auch die Zulassungskriterien gebe es durchaus, aber diejenigen, die die Kontrolle zu verantworten hätten, seien Teil des Problems. Er verwies dabei darauf, dass die Standards für die Buchführung weitgehend von vier grossen amerikanischen Firmen festgelegt und die Kreditwürdigkeit von Staaten und Unternehmen von nur drei grossen amerikanischen Ratingagenturen geprüft werden. Die Anerkennung dieser Firmen hänge sehr stark von der Politik ab, sie durch unabhängigere Instanzen zu ersetzen – was wäre möglich, wenn man dies wollte.

Mascha Madörin wiederum betonte, es reiche nicht aus, wenn die Linke das Verhalten der Reichen und Mächtigen nur skandalisiere. Im Zentrum müssten vielmehr die von den breiten Bevölkerungsschichten real am eigenen Leib erfahrenen Belastungen stehen, hierzu fehle aber weitgehend das Problembewusstsein in linken Analysen. Auf der anderen Seite müssten weiterhin die Schweizer Grosskonzern immer auch als Weltmarkunternehmen und Akteure im internationalen Finanzsystem verstanden werden. Dabei warnte sie vor einer zu rigiden Trennung zwischen Finanz- und Realwirtschaft in der Analyse, werden doch die Zukunftsinvestitionen durch Finanzflüsse vorgespurt.

Auf Schäppis Frage, ob nicht auch heute von einer Systemkrise gesprochen werden könnte angesichts des Fehlens von neuen Bereichen, die – wie im Fordismus – mit dem Einsatz von Technologie und Produktivitätssteige-

rungen rentabiliert werden können, kam Krätke abschliessend auf den besonderen Charakter der gegenwärtigen Krise zurück. Verstehe man unter einer Systemkrise eine ausweglose Situation, dann sei der Begriff wenig hilfreich. Das Hauptproblem seien heute nicht die fehlenden Auswege aus der Krise in der Theorie, sondern die falschen in der Politik – namentlich die neoliberalen Vorstellungen, man könne sich aus der Krise heraussparen, aber auch ein „Vulgärkeynesianismus“, der unbearbeitet an die Logik des Wachstums als Selbstzweck glaubt. Den Ausweg sieht Krätke im Zusammenhang mit einer Energiewende, die zu einem grossen Beschäftigungsprogramm führen könnte – alles keine automatische Entwicklung, sondern ein bewusster Entscheid, der politisch durchgesetzt werden muss.

Adrian Zimmermann

Triebökonomie und Krise des Kapitalismus

36. Jahrestagung des Arbeitskreises Politische Psychologie

Eröffnung

Liebe KollegInnen, es freut mich, dass sie alle den Weg nach Frankfurt ans Sigmund Freud-Institut gefunden haben, um zusammen mit uns von der *Gruppe Psychoanalyse Gesellschaft Kultur* und unseren ReferentInnen einen Schritt weiterzukommen im Verständnis der subjektiven Faktoren, die den Kasino-Kapitalismus antreiben und uns alle umtreiben werden – bis hin zum allgemeinen Kollaps.

Als unsere Arbeitsgruppe anfangs September 2010 mit dem Team der

Zürcher Stiftung für Psychotherapie und Psychoanalyse zusammenkam, um das Testament von André Gorz, „Auswege aus dem Kapitalismus – Beiträge zur politischen Ökologie“ (2009), zu diskutieren und die von ihm vorgeschlagenen Mittel zur System-Veränderung (ökologische Bewegung, Selbstorganisation und Internet) auf ihre Glaubwürdigkeit und Effizienz hin zu prüfen, war zwar die Erdölkatastrophe im Golf von Mexiko schon Tatsache geworden, der Supergau von Fukushi-

ma stand aber noch bevor. Weder die Revolutionen in Tunesien und Ägypten waren voraussehbar gewesen, noch der Bürgerkrieg in Libyen und Syrien.

Voraussehbar wäre allerdings schon die rapide Faschisierung Ungarns gewesen, die Gregor Mayer und Bernhard Odehnal in ihrem Buch „Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa“ (2010) eindrücklich beschreiben und die mittlerweile von Staatspräsident Viktor Orbán auf Verfassungsebene eingeläutet worden ist. Voraussehbar auch der an die Zeiten der Schwarzhemden im Italien der beginnenden 1920er Jahre gemahnende Bandenterror gegen die Roma von Seiten der „Besseren Menschen“ (ungarisch „Jobbik“).

Abgesehen von den schon eingetretenen Pleiten und den Billionenverlusten *all over the world* und von den zehntausendfachen Vertreibungen von Haus und Herd, ebenso voraussehbar wären weitere destruktive Wirkungen der weltweiten ökonomischen Krise gewesen, wenn man auch nicht um das genaue Ausmass des drohenden Staatsbankrottes in Island, Irland und den „Schweineländern“, den PIGS (Portugal, Italien, Griechenland, Spanien), wissen konnte. Tatsache ist, dass sich die Kugel im globalisierten Roulette-Spiel mit Hochgeschwindigkeit weiterdreht: Zur Zeit spekuliert die Hochfinanz mit dem von den Nationalbanken zur Verfügung gestellten billigen Geld auf die Währungsverluste der ihnen zugehörigen Nationalstaaten, die Umverteilung des Volksvermögens von unten nach oben geht ungebremst weiter, ebenso der Sozialabbau in Europa. Kein Wunder, dass der Rechtspopulismus quer durch den Kontinent, von Frankreich über die Schweiz bis nach Finnland, fröhliche Urständ feiert.

Die Krise der Linken scheint unheilbar, nein, sie *ist* unheilbar, wenn von der linken europäischen Intelligenz

nicht bald wesentliche Impulse ausgehen werden und neue Erkenntnisse vorliegen, die über ihre politische Zersplitterung und Stagnation aufklären. Blosse moralische Appelle im Stile eines Stéphane Hessel können ebenso wenig genügen wie die heroischen Aufrufe zur Sabotage des Gesamtsystems auf allen Ebenen von Seiten eines anonymen Komitees. Eine neue revolutionäre Bewegung bräuchte nicht nur politökonomische Analysen – wie z.B. diejenigen von Robert Kurz oder Elmar Altvater –, nein, eine revolutionäre Bewegung bräuchte vor allem mehr Wissen über sich selbst. Hatte nicht schon Wilhelm Reich in seiner Schrift „Was ist Klassenbewusstsein?“ (1934 / 1968) am Vorabend der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland klargestellt, dass während die kommunistischen Parteien mit ihren kritischen Analysen langweilten, die Massen in Liebe zu Hitler entbrannt waren?

Im Arbeitskreis Politische Psychoologie, Sektion der DVPW (Deutsche Vereinigung Politischer Wissenschaften), sind wir uns zwar darin einig, dass die Freudsche Psychoanalyse zur besseren Aufklärung der Irrationalität aller Politik gefragt und gefordert ist, doch muss man heute genauer fragen: welche Freudsche Psychoanalyse? Die Erforschung der „subjektiven Faktoren“ ist ja bereits so alt wie die Freudsche Linke (Freudomarxisten) selbst – von Erich Fromm über Otto Fenichel bis zu Theodor W. Adorno. Seither sind mit den Schriften von Peter Brückner und Alfred Lorenzer gewiss wichtige neue Denkansätze vorgelegt worden, doch verharren die unbewussten Motoren des Verhaltens, die das *Kasino* und seine Leidenschaften steuern, letztlich noch im Dunkeln.

So wäre von der Psychoanalyse und Sozialpsychologie die weitere Frage zu

beantworten, was die Spielleidenschaft mit dem Analen gemein hat. Ist die anale Phase der Individualentwicklung (im Wesentlichen zweites Lebensjahr) doch massgebend für Trotz, Stolz, Scham und Größenphantasien? In der italienischen Sprache weiss man beispielsweise im Alltagsbewusstsein um die Nähe von Spielleidenschaft und Analität, indem durch eine einfache Akzentverschiebung aus einer „Spielhölle“ ein „Scheisshaus“ gemacht werden kann: „Il casino (mit Akzent auf dem o) ist das Spiel-, das „casino“ (mit Akzent auf dem i) das Scheiss-Haus.

Ich will diese kurze Begrüssung mit einem literarischen Hinweis abschliessen, mit einer kurzen Theaterkritik, ist doch die Belletristik – wie schon so oft – der Wissenschaft vorausgeeilt. In Freiburg i.Br. wurde im Kleinen Haus das neueste Stück von René Pollesch „Was du auch machst, mach es nicht selbst“ uraufgeführt. Wir erleben ein hektisches und burleskes Spektakel, in welchem vier attraktive und sehr emanzipiert wirkende Frauen zusammen mit einem eher ratlosen Mann (nebst einem zweiten Herrn, der als Souffleur nur eine – allerdings sehr markierte – Statistenrolle einnimmt) in rastloser und ziemlich hysteroider Bewegung, unentwegt laut und beredt die gesamte zeitgenössische Philosophie, von Derrida über Sloterdijk bis Zizek, zitierend und parodierend, zu keinem Schluss kommen. Es sei denn, dass sie sich selbst und ihre wechselnden Rivalitäten und Solidaritäten tüchtig exhibieren konnten. Ausserdem beteiligten sich alle im zentralen Teil des Stückes an einer wilden und genussvollen Jagd nach einem Koffer voller Geld, die allerdings ebenfalls durch die nutzlose Verschleuderung der endlich gefundenen grünen Scheine im Nichts endet.

Dem Zuschauer werden gleichwohl zwei wichtige Erkenntnisse vermittelt:

Erstens eine Mahnung an die Linke, man möge damit aufhören, sich zu verweigern. Die aktive Partizipation an der Ohnmacht ist gefragt, oder frei nach Robert Pfaller: „Das Delegieren innerster Gefühle an äussere Objekte und Strohmänner ... ist befreidend“. Und *zweitens* gibt es heute – ich zitiere Pollesch sinngemäss – weder weibliche noch männliche Geschlechtsrollen mehr, sondern für alle nur noch den Anus, der von einem Dildo penetriert wird.

Emilio Modena

Tagungsbericht

Nach der Eröffnung der 36. Jahrestagung des Arbeitskreises Politische Psychologie durch Emilio Modena am 7./8. Mai in Frankfurt /M. waren zwei grundsätzliche Fragen aufgeworfen, die die folgenden Referate und Diskussionen durchziehen sollten: Was ist und worin besteht die Krise? Und: Auf welche Weise kann die Krise als Krise des Subjekts psychoanalytisch gedeutet und ein Potential der Widerständigkeit wiedergewonnen werden? Der ersten Frage widmeten sich Elmar Altvater und Julian Möhring. Altvater betonte in seinen Ausführungen, dass es sich bei den gegenwärtigen Prozessen um Zeichen einer Systemkrise handle. Als solche betreffe die Krise des Kapitalismus das ökologische Gesamtsystem des Planeten, seien in ihr doch die finanziökonomische, produktionsbezogene und ökologische Dimension aufs Engste verzahnt. Die Grenzen des Wachstums seien mittlerweile sowohl bei der Ausbeutung natürlicher Ressourcen als auch bei der angestrebten infiniten Produktivitätssteigerung klar erkennbar, ein Überhitzungseffekt des Systems auf der gegenwärtigen Skala sei unvermeidbar.

Julian Möhring bestimmte die Krise als ein Phänomen, das die gesellschaftliche Existenz des Menschen insgesamt kennzeichne, weshalb die Krise an sich auch kein dem Kapitalismus allein zurechnendes Problem sei. Was Krisen ausmache, sei, dass gewohnte Lösungen versagten und es zur Erosion der normativen Richtwerte für individuelles oder kollektives Handeln komme. Krisen seien Bewährungsproben, die von allen Betroffenen Entscheidungen in Bezug auf eine nicht determinierbare Zukunft forderten. Das Kennzeichen konservativer Positionen sei es, dass sie versuchten, den sich öffnenden Raum für Entscheidungen durch Rückgriff auf überkommene Routinelösungen zu schließen. Gerade dieser Versuch, dem Versagen von Normen durch das Beharren auf der Kontinuität der alten Ordnung zu begreifen, sei kritisch zu sehen.

Dagegen setzte Möhring die Idee einer Entscheidung, die sich der Bewährung ohne festes Fundament aussetze und damit den Entwurf des Neuen gegen die Perpetuierung des Bestehenden stelle. Während Möhring in diesem Zusammenhang darauf bestand, dass Krisen Spannungszustände darstellten, deren Ausgang nicht im Voraus bestimmt werden könne, wurde in der Diskussion eingeworfen, dass ein positiver emanzipatorischer Ausblick notwendig sei, um die Überwindung der Krise denken zu können. Eine solche Perspektive auszublenden hieße, die Krise selbst als unentrinnbare Grundkonfiguration zu setzen und damit letztlich zu idealisieren.

Susanne Weber reflektierte die Krise ausgehend von den eigenen Erfahrungen einer Organisationsberaterin, die in ihrer Arbeit am Schnittpunkt zwischen bedrohlichen subjektiven Auswirkungen der Krise und auf diese gerichteten systemimmanenten Einhegungsversuchen nach Anhaltspunk-

ten für eine kritische Praxis suchte. Damit leitete sie die Beschäftigung mit der Frage der subjektiven Dimensionen der Krise ein, die zuvor bereits Alfred Krovoza auszuleuchten begonnen hatte (siehe dazu den Beitrag „Das Subjekt der Psychoanalyse als emanzipative Ressource“ in diesem Heft). In den von Weber eingeforderten Praxisreflexionen wurde in der Diskussion, angefangen vom Potential des „Wutbürgers“ als neuem „Mensch in der Revolte“ bis zur Befindlichkeit konstruktiver Melancholie, eine breite Palette von Begriffsangeboten präsentiert, wobei das Insistieren auf dem Gestimmtheit des Subjekts einen Mangel an konkreten Handlungsoptionen spürbar werden ließ.

Die Frage nach dem fehlenden Maßstab zur Ausrichtung emanzipatorischer Praxis griff Lutz Eichler in seinem Vortrag auf. Die Frage nach dem, was ein gelingendes Leben ausmachen könnte, stelle sich angesichts neuer Subjektivierungsformen in der Arbeitswelt, wie sie Voß/Pongratz oder Bröckling beschrieben haben, in verschärfter Weise. Der „Arbeitskraftunternehmer“ ebenso wie das „unternehmerische Selbst“ signalisierten, dass kapitalistische Sozialität und subjektive Entfaltung aufs Engste miteinander verschränkt seien. Gerade die Entfaltung des „Selbst“ im Sinne seiner optimalen Ausreizung im Dienst produktiver Besonderung bilde das neue Leitbild des unternehmerisch eingestellten Individuums. Kreativität, Spontaneität und Unverwechselbarkeit seien seine zentralen Eigenschaften.

Der lustvolle Aspekt, die allgegenwärtige Anrufung des Spaßes im Produktionsprozess, erweise sich dabei aber als verhängnisvolles Scharnier, insofern das Produkt des Spaßes unter heteronomen Systembedingungen vom Kapital angeeignet und für das entäuschte Subjekt selbst nichts als das

Hamsterrad auf Dauer gestellten Kreativitätszwangs bleibe. Unter diesen Bedingungen stehe nicht mehr das Arbeitsprodukt, sondern die unverwechselbare Innovation, nicht die Beherrschung einer Kunst, sondern die Anerkennung von Individualität im Vordergrund – die Anerkennung durch andere werde zum zentralen Maßstab des subjektiven Werts. In der narzistischen Tendenz des konkurrenzorientierten Selbst, sich als Innovationskraft zu idealisieren und zugleich andere in ihrer Individualität zu entwerten, zeige sich symptomatisch die Situation des post-fordistischen Subjekts.

Die Diskussion fokussierte insbesondere die Ambivalenz des Spaßes an der Arbeit, weil über die affektive Dimension der Arbeit das gelingende Leben selbst dem Diktat des Profits unterworfen werde. Diese Verstrickung im Affekterleben der Subjekte aufzuspüren und bearbeitbar zu machen müsse zentrale Aufgabe einer empirischen Sozialpsychologie der post-fordistischen Arbeit sein.

Die beiden Referate von Rainer Funk und Karola Brede ließen sich als Schritt in diese Richtung verstehen. Funk präsentierte ein dichtes Zustandsbild des „enteigneten Menschen“, wie er sich einer an Erich Fromm orientierten psychoanalytischen Praxis darstelle. Die von Brede vorgestellte empirische Studie konnte anhand präzise aufbereiteter Fallvignetten Einblick in Prozesse subjektiver Selbstentfremdung vermitteln, die als „Folge der reflexiven Ablösung der Selbstbilder vom Selbst und der Hergabe von Selbstannteilen an eine fremdbestimmte Rationalität des wirtschaftlichen Handelns“ (Brede) zu einer bisweilen unüberbrückbaren Diskrepanz zwischen subjektiver Erfahrung und instrumentell nützlichen Selbstbildern führten. Gerade die empirische Analyse des affekti-

ven Eingespanntseins in die kapitalistischen ideologischen Apparate des neuen Kapitalismus verwies die TeilnehmerInnen auf die Problematik einer affirmativen Bezugnahme auf das leidende, widerständige Subjekt. Wie Brede betonte, sei es gerade Aufgabe, das leidende Subjekt respektive jene Erfahrungsschichten, in denen die Systemzwänge subjektivierbar wären, wiederzugewinnen.

Unter dem provokativen Stichwort „Begehren der Krise“ analysierte Florian Heßdörfer die Möglichkeit, die Krise selbst zu genießen. Dabei ging er von einem Ethos des Verzichts aus, der dem in Krisenzeiten präsenten Topos des „Den Gürtel enger schnallen“ zugrunde liege. Mit Slavoj Zizek hob Heßdörfer hervor, dass im Verzicht die Figur dessen, dem unterstellt wird, nicht zu verzichten, immer bereits eingeschrieben sei. Im Fall der Finanzkrise sei dieser in den „Pleitegriechen“ (Bild-Zeitung) inkarniert, denen unterstellt wird, dass sie eben nicht verzichten wollten. Dem Verzicht gegenüber stehe das der kapitalistischen Logik immanente Versprechen, das in der Warenform Gestalt annehme.

Während die Versprechen des Kapitalismus (Wohlstand, Freiheit, Gleichheit, Sicherheit) abstrakt aufrechterhalten würden, zeige die Praxis, dass die wenigsten dieser Versprechen jemals eingelöst würden. Die Warenform instituiere eine gesellschaftliche Vermittlungsform, die die Existenz des Versprochenen im Allgemeinen um den Preis zementiere, dass auf das Versprochene im Alltag stets verzichtet werden müsse. Was auch immer man erwerbe, es erweise sich nachträglich als „not the real thing“, wodurch weitere Tauschakte angeregt würden. Der Verzicht auf die tatsächliche Befriedigung sei die notwendige Kehrseite des kapitalistischen Glücksversprechens.

Die Pointe der Analyse ergab sich aus dem Lacanschen Diktum, wonach für das Subjekt die Position dessen, der hemmungslos genießt, unter keinen Umständen zu erreichen sei. Der Rekurs auf einen genießenden Dritten besitze paradoixerweise entlastende Funktion, denn ohne diesen müsste das Subjekt selbst sich vollständig mit den unmöglichen Glücksversprechungen des Marktes identifizieren und an der Unmöglichkeit der Einlösung des Versprochenen verzweifeln. Dem Ethos des Verzichts entspreche das entlastende Versprechen: Du musst nicht genießen! Da in dieser theoretischen Konstellation weder das permanente Verfehlen des Versprochenen noch dessen Einlösung denkbare Optionen darstellen, entwickelte Heßdörfer ein Konzept des Entzugs als dritten Weg der Ablehnung der falschen Wahl, die die genannten Gegensätze anbieten.

Die Figur des Entzugs, die bereits bei Susanne Weber anklang, schien insgesamt Modus reflexionis einer Tagung, deren TeilnehmerInnen angesichts der massiven Zugriffe der neuen Subjektivierungsformen das emanzipatorische Potential auf schwankenden Grund gestellt sahen. Wenn das Subjekt in seiner Erfahrung zwischen dem ent-

lastenden Genuss des Verzichts und der aktionsistischen Entäußerung im Spaß keinen Ansatzpunkt findet, wo bitte – um noch einmal Heßdörfer zu paraphrasieren – geht's dann hier raus?

Bereits Adorno weist darauf hin, dass noch die Utopie der Befreiung die Marke der Unfreiheit trägt, insofern mag die Rede des entziehenden Ausgangs aus der Bredouille auch als Symptom von Verhältnissen zu lesen sein, deren ideologische Struktur genau in der inneren Distanz zu den Anrufungen der unternehmerischen Gouvernementalität besteht und die nicht zuletzt auch die Distanz betrifft, die zwischen dem Subjekt der Reflexion und jenem Subjekt besteht, das sich in seinen Lebensvollzügen immer unmittelbarer dem Profitstreben unterworfen erfährt. Der politischen Artikulation dieses Subjekts, das sich nicht entziehen kann, es sei denn durch Dissoziation, konnten die Referate der Tagung vor allem da, wo sie an konkreten empirischen Erfahrungswelten anknüpften, eine Richtung weisen. Zugleich fehlten aber auch definitive Strategien, wie einer Krise zu begegnen sei, die in ihrem Kern eine Krise des Subjekts selbst ist.

Markus Wrbouschek

Alexandra Rau: Psychopolitik. Macht, Subjekt und Arbeit in der neoliberalen Gesellschaft. Campus Verlag, Frankfurt/M. New York, 2010 (450 S.; € 34.50)

Aus Perspektive der bewährten ökonomischen Analyse eines Gegensatzes von Kapital und Arbeit sieht die Zukunft der Kritik in der Tat zunächst düster aus, wenn diejenigen, die als die darin „Ausgebeuteten“ identifiziert sind, ausgerechnet in der Bewährung in rastloser und zeiträumlich entgrenzter Erwerbsarbeit den Weg zur nachdrücklich angestrebten Selbsterkenntnis und Selbstverwirklichung sehen. In ihrer Studie „Macht, Subjekt und Arbeit in der neoliberalen Gesellschaft“ hat Alexandra Rau insgesamt dreizehn Männer und Frauen, die in der IT-Branche in solchen Arbeitsverhältnissen tätig sind, im Rahmen eines narrativ-biographischen Interviews befragt.

Bei „Psychopolitik“ handelt es sich um einen Begriff zur Analyse von Machtverhältnissen, der den foucaultschen Begriff der „Regierung“ konkretisiert. Unumgänglich ist dabei, dass er selbst schon erkläzungstheoretische Gehalte in die Analyse mit einbringt: Er enthält eine zunächst theoretisch gewonnene Antwort auf die Frage nach der Art der Macht, durch die es möglich und ermöglicht wird, das Beschäftigte wie beispielsweise Kai Ommert in Lohnverhältnissen als Subjekte der Arbeit angerufen werden. Dabei wird diese Weise der „Regierung“ als gegenwärtig über die „Psyche“ vermitteltes Ineinandergreifen von Techniken der Selbstführung und solchen der Herrschaft ausbuchstabiert.

Die Psyche nimmt darin als Form von Innerlichkeit und Selbstverhältnissen die Funktion einer Nahtstelle ein, über die individuelle Selbstführungen und betriebliche Rationalisierungen ineinandergreifen können. Psyche er-

möglich und erfordert dabei von objektiver Seite her zunächst eine Praxis im Selbstverhältnis, eine Praxis des Selbst, bietet also eine Form, praktisch ein Subjekt sein zu können und zu sollen, eines zu sein. Sie ist keine (psychologisierte) Voraussetzung der Untersuchung, etwa zu den psychischen Folgen subjektivierter Arbeit, sondern Teil des Gegenstands der Untersuchung, nach dem gegenstandstheoretisch informiert gefragt wird: Inwieweit, so Rau, ist im Aufkommen der Psyche eine sozial-historisch entstandene und alltagspraktisch verbreitete Voraussetzung dafür gegeben, dass als Subjekt gelebt und gearbeitet wird, wie Kai Ommert das tut? Eine Voraussetzung dafür, dass (kollektiv) möglich ist, was sich unter dem Begriff Subjektivierung von Arbeit zu vollziehen scheint? Gegenstand der Untersuchung ist demnach ein spezifischer Modus operandi, eine psychische Praxis, in der Menschen sich im Kontext von gegenwärtigen betrieblichen Rationalisierungen als Opus operatum eine eigene Psyche machen und so eine objektive Möglichkeit verwenden und verwandeln, sich als Subjekt zu konstituieren – also eine Praxis.

Die Frage nach der Subjektivität indessen, und damit auch die nach der „kritischen Subjektivität“, ist für die Wissenschaften vom Sozialen – zumindest derjenigen von der sozialen Praxis – zunächst keine primär theoretische Frage, sondern eine konstitutive Bedingung. Ohne die Dimension des Subjektiven kann eine Wissenschaft vom Sozialen ihren Gegenständen so lange nicht gerecht werden, solange diesen eine wie auch immer geartete Verschränkung von Subjektivität und Objektivität unterstellt werden muss, weil sonst die alltäglichsten Alltagssequenzen schon des Sprechens, oder des sich Grüßens nicht verstehbar oder erklärbar wären. Aus dieser Konstitu-

tionsbedingung sozialwissenschaftlicher Forschung folgt allerdings nicht, dass das, was als Subjekt praktisch hervorgebracht wird, nicht zugleich zum Gegenstandsbereich eben jener Wissenschaften gehören würde.

Die Frage nach der Subjektivität stellt sich dann allerdings nicht zuerst als theoretische, sondern als historisch empirische, zu deren Untersuchung konstitutiv bedacht sein muss, dass in die beobachtete Hervorbringung von Subjektivität, stets ein subjektives Moment in objektive Möglichkeiten der Subjektivierung einfließt. Die Rekonstruktion praktischer Subjektivierungsmodi setzt dann eine in diesem Sinne adäquate perspektivtheoretische Festlegung voraus, die Rau zunächst in Michel Foucaults Ansatz der Gouvernementalität bezieht und die sie in verschiedener Hinsicht weiterentwickelt.

Schon dieser Schritt wird zunächst aus einer kritischen Reflektion der Debatte zur „Subjektivierung von Arbeit“ heraus in Angriff genommen. Rau weist darin auf zwei Probleme hin: Zum einen entleeren ökonomisch-objektiv ausbeutete Werktätige, wie Kai Ommert, denen gegenwärtig auch die Lösung des sogenannten Transformationsproblems erfolgreich übertragen wird – also die Überführung ihres latenten Potentials Arbeit zu verrichten in manifeste Arbeitsleistung – die Widerstandspotentiale von Subjektivität, weil sie dieses betriebsorganisatorisch-technische Problem als Herausforderung in ihre Selbstverhältnisse übernehmen. Zum anderen wird mit dieser zeitdiagnostisch zum Vorschein gebrachten Verschiebung des ökonomisch rekonstruierten Transformationsproblems in die Sphäre der Subjektivität nun möglicherweise deutlich, dass die gesamte ökonomische Analysetradition schon länger mit einer gewissen objektivistischen Schlagseite segelt und nun – das weist Rau nach – mit

dem „Psychischen“ dazu tendiert, eine vorsoziale und unterbestimmte Kategorie bemühen zu müssen. Die forschungsstrategische Entscheidung für das Konzept der Gouvernementalität erscheint so als ein Vorschlag zu Re-Soziologisierung der Psyche und damit der Debatte zur Subjektivierung der Arbeit. Deshalb muss an der Aussagekraft der betreffenden Untersuchungen nicht schon gänzlich gezweifelt werden. Rau greift nicht nur den in den ökonomisch geprägten Analysen überhaupt erst hervorgebrachten Gegenstand auf, sondern auch die durch diese aufgeworfene Bedeutung der Psyche.

Das Konzept der Gouvernementalität wird dann auf den Gegenstand der Untersuchung hin angepasst. Die Gouvernementalität wird zunächst als analytisches Konzept betrachtet, das über den machttheoretisch formulierten Regierungsbegriff auf die Untersuchung von Praxis ausgerichtet ist. Die Praxis des Regierens zielt darauf ab, Möglichkeitsfelder zu öffnen, in die Praxis eingeschrieben werden kann, sie ist also produktiv und setzt Freiheit voraus. Daraus besteht das begriffliche Analyseinstrument, das es erlaubt, eine Analytik des „Führens von Führungen“ am Kontaktpunkt von je eigengeschichtlichen und voneinander relativ unabhängigen Herrschafts- und Selbsttechniken zu untersuchen. Wenn über letztere das Subjekt durch das Subjekt konstituiert wird, dann rekurrieren diese Praktiken auf übersubjektive Wissensordnungen, die als Schemata vorgefunden, vorgegeben oder aufgezwungen sein können und die durch diese Praxis aktualisiert werden. Die Frage des Subjekts ist damit in den Gegenstandsbereich „Praxis“ verschoben, also unter die Konstitutionsbedingung der Subjekt-Objekt-Vermittlung gestellt.

Alexandra Rau begleitet den von ihr vorgeschlagenen Perspektivwechsel

mit einer Recherche zu Foucaults Auseinandersetzung mit Marx. Demnach hätten gegenüber der Kämpfe gegen Ausbeutung diejenigen um den Modus der Subjektivierung an Bedeutung gewonnen. Um den Gedanken der Produktivität von Macht für die Empirie zu operationalisieren, überträgt Rau aus Foucaults Mikrophysik der Macht dann den Begriff des Begehrens in die Analytik der Gouvernementalität. Die leidenschaftlichen Verstrickungen der Einzelnen in ihre kollektiven Bedingungen sollen damit analytisch aufgeschlossen werden – z.B. die leidenschaftliche Besetzung des wirklich schlummernden Selbst.

Die mit der Konzeption der Gouvernementalität einhergehende Öffnung der Perspektive über den ökonomisch-betrieblichen Rahmen hinaus ermöglicht für die Studie aus der zeitdiagnostischen Dimension der Gouvernementalität eine Präzisierung ihres Gegenstands. Dazu werden vorbereitend der Nachvollzug der Subjektivierung im Kontext der Genealogie des Staates sowie der Subjektivierung im Kontext der Genealogie des Subjekts herangezogen. Der zeitdiagnostische Befund der ersten läuft auf die Subjektform des Homo oeconomicus als Unternehmer seiner selbst hinaus: Der Markt wird zu einer generalisierten Form des Steuerns für immer mehr gesellschaftliche Teilbereiche, in denen sich der Homo oeconomicus dann wie der Flussfisch im Flusswasser bewegt und sich darin auszeichnet, für sich selbst sein eigenes Kapital zu sein, dessen Einsatz es für ihn als Produzent und Einkommensquelle stets zu optimieren gilt.

Die Genealogie der Subjektivität mündet dagegen in den (kalifornischen) Kult des Selbst: Stand beim Homo oeconomicus noch die Chicago School of Economics an der Wiege, ist es hier die psychoanalytische Transformation

der christlichen Tradition verbalisierender Selbstenthüllung und die ins Zentrum der Persönlichkeit aufgestiegene Sexualität. Ihr zu ihrem Recht zu verhelfen, dabei Identität erzielen und sowohl dem Sein wie dem Tun Authentizität zu verleihen, bestimmen die praktischen Konturen dieses Homo psychologicus. Jedoch: Wie verhalten sich Homo oeconomicus und Homo psychologicus zueinander?

Wie aus den Betrieben, so auch über die weit offener konzipierte Genealogie des Subjekts, deutet alles auf die Psyche hin: Ermöglicht und formiert sie nicht diejenige historisch-spezifische Weise der Subjektivierung, die für die in Frage stehenden betrieblichen Voraussetzung und Anknüpfungspunkt darstellt? Folglich interessiert sich Rau nun für die Rekonstruktion des Eingangs der Psyche in die reflektierte Praxis, durch die Subjekte hervorgebracht werden und sich hervorbringen. Interessanterweise führt sie dabei die Leser zunächst in den Ausgang aus der Feudalordnung zurück, in dem die Psyche zeitgleich mit der Entwicklung des Kapitalismus beginnt, ihre heutige Ausprägung zu gewinnen. Die erodierende äußere soziale Ordnung und die fortgesetzte Verwissenschaftlichung verhelfen der Psyche als nun säkularem Selbstführungsmodus zu einer konstitutiven Bedeutung in einer fortan individualisierten Gesellschaftsordnung selbstbestimmter Individuen. Rau verfolgt die sozialen Modifikationen der Psyche – als Form, in der Affekte gesellschaftlich lesbar sind – bis in die Regierungsweise der Gegenwart, die sie dann im Begriff der Psychopolitik auf den Begriff bringt: In der Psyche kann der gegenwärtig Modus gesehen werden, in dem Subjekte praktisch konstituierbar sind – die Psychopolitik konkretisiert den Machtypus Regierung, in der Selbstführungs- mit Herrschafts-

techniken gegenwärtig praktisch verschränkt werden.

Die Sensibilität der Studie gegenüber der vergeschlechtlichten Psyche erscheint dabei nicht als eine an den Gegenstand herangetragene Wertbeziehung, sondern ist diesem selbst entnommen. Als Bezugspunkt von Praktiken der Subjektivierung ist die Psyche eben kein stabiler Garant für ein reibungslos wahlverwandtschaftliches Verhältnis von Selbst- und Herrschaftstechnologien. Rau zeigt auf, dass die Dominanz der Psyche als kollektiv praktizierter Form der Subjektivierung sich auch noch in den Widerstandsstrategien herrschaftskritischer Bewegungen aktualisiert, wenn beispielsweise bei der Freisetzung unterdrückter weiblicher Authentizität in Selbsterfahrungsgruppen ein Begehen nach dem Selbst mobilisiert wird. Gerade für die neoliberale Gouvernementalität, stellt Rau heraus, ist es charakteristisch, dass die mit ihr einhergehende „Ökonomisierung des Sozialen“ in einer strukturellen Homologie zur durch die Psyche geprägten Subjektivierung steht, die

ihre Vormachtstellung eben auch aus solchen einstmals (kapitalismuskritischen) Gegenbewegungen in Subjektivierungskämpfen bezieht.

Der Arbeitskraftunternehmer ist aus dieser Perspektive alles andere als lediglich der ökonomischen Struktur entwachsen, er ist vielmehr das Joint Venture aus Handlungsfähigkeit und Authentizität im Zentrum des mit unterschiedlichen Begehrswerten belegten psychischen Selbst des Homo psychologicus mit der permanenten Nutzenmaximierung des Homo oeconomicus als unternehmerischem Selbst. Wenn Rau so auf die heutige Bedeutung der Psyche aufmerksam macht und so das heute zur selbstverständlich unsichtbaren Wirklichkeit gewordene respektive gemachte, sichtbar werden lässt, dann dokumentiert sich darin, was Foucault die kritische Haltung nennt: die vielzitierte „Kunst, nicht dermaßen regiert zu werden“, als Analyse des Gegebenen am Beginn der Suche nach Möglichkeiten der Überschreitung.

Winfried Köppler

Gisela Notz: Feminismus. Papy Rossa Verlag, Köln 2011 (131 S., € 9.90)

Während sich viele aktuelle Publikationen um „Geschlechterverhältnisse“, „Gender“ oder auch „queer“ drehen, legt Gisela Notz in der Reihe „Basiswissen“ des Papy Rossa Verlags eine neue Einführung in den „Feminismus“ vor. Dabei handelt es sich um einen leicht verständlichen Überblick über verschiedene Formen von Feminismus und ihrer geschichtlichen Entwicklung. Denn für sie ist klar, „dass wir es mit ganz verschiedenen Feminismen zu tun haben“ (S.8).

Notz sieht den Feminismus als Dreiklang – bestehend aus Theorie, Bewegung und Wissenschaft. Dieser Ansatz wird durch das gesamte Buch verfolgt und macht seinen Hauptteil, der in einem geschichtlichen Abriss besteht, besonders interessant. Theoretische Positionen werden immer auch mit parallelen Bewegungen und politischen Forderungen und Aktionen in Verbindung gebracht. Erfrischend ist, dass Notz' historische Darstellung des Feminismus nicht, wie oft, bei Olympe des Gouges beginnt, sondern bereits im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit. So erinnert sie etwa an die feminis-

tisch-utopistischen Werke von Christine de Pizan (1365-1431) oder macht auch auf die feministischen Arbeiten der FrühsozialistInnen aufmerksam.

Der Hauptteil der Studie bezieht sich allerdings überwiegend auf Deutschland, wobei der Feminismus in der DDR nur kurSORisch vorkommt. Dies wird von der Autorin im Vorwort auch selbstkritisch angemerkt, hätte jedoch in einem Untertitel des Buches deutlich gemacht werden können. Denn andere europäische Länder und Amerika werden nur partiell einbezogen, um Zusammenhänge und Einflüsse auf die deutschen Bewegungen aufzuzeigen bzw. den internationalen Anspruch des Feminismus, etwa im Rahmen der großen Internationalen Frauenkonferenzen zu Beginn des 20 Jahrhunderts, hervorzuheben. Hier liegt übrigens eine große Stärke in Notz' Ausführungen: Es gelingt ihr, Kontinuitäten zwischen den verschiedenen Bewegungen herauszuarbeiten und sichtbar zu machen, dass diese nie „aus dem Nichts entstanden sind“ (S.72).

Aufschlussreich ist hier etwa das Kapitel über die „,[b]einahe vergessenen[e]“ (S. 68) westdeutsche Frauenfriedensbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg. Angesichts des Koreakrieges und der sich verschärfenden Ost-West-Konfrontationen wurde 1951 die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung (WFFB) gegründet, „die eines der wichtigsten überparteilichen Organe des Frauenprotests gegen die Wiederbewaffnung der BRD wurde“ (S.69). Notz geht davon aus, dass ohne die WFFB oder auch die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF), „eine neue deutsche Frauenbewegung wesentlich schlechtere Startchancen gehabt [hätte]“ und die Friedensbewegung als „Bindeglied zwischen der Alten und der Neuen Frauenbewegung bezeichnet“ (S.70) werden kann.

Der Überblick über verschiedene Frauenzeitungsprojekte in der Geschichte der Bewegungen macht den historischen Abriss spannend und ist mitunter auch für fachkundige LeserInnen erkenntnisreich. So werden die Gründungen der vermutlich ersten feministischen Zeitungen – *La femme libre*, 1832, oder etwa die von Luise Otto gegründete *Frauenzeitung* 1849 – erwähnt; in der Darstellung der Ersten Frauenbewegung wird immer wieder Bezug auf weitere Zeitungen genommen. Den Zeitungen und Zeitschriften der Neuen Frauenbewegung ist ein eigenes Kapitel gewidmet, das verschiedene Schwerpunkte, aber auch Arbeitsweisen der Herausgeberinnen und damit verbundene Schwierigkeiten aufzeigt.

Notz romantisiert die Bewegungen und Zusammenschlüsse von Frauen nicht. Sie traut sich auch immer wieder, Trennlinien zwischen den Bewegungen (insbesondere der bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegung), aber auch (mitunter zerstörerische) Probleme innerhalb von antihierarchischen Frauenprojekten – so beispielsweise eben in feministischen Zeitungskollektiven – deutlich zu machen. Verschiedene Widersprüche und Unvereinbarkeiten ziehen sich durch die Geschichte des Feminismus und so hält Notz bereits einleitend fest: „Die Idee vom Zusammenschluss aller Frauen (unabhängig von Schicht, Klasse und Bildung) ist bis heute eine Schimäre“ (S.13).

Schade ist, dass der historische Abriss bei der deutschen Wiedervereinigung 1989 / 1990 aufhört. Es wäre interessant gewesen, mehr über jüngere, feministische Initiativen und Projekte zu erfahren. Dass einige Bereiche wie etwa heutige konservative oder (neo)liberale Verständnisse von Feminismus nicht thematisiert werden und manche Themenfelder nur kurz angerissen werden,

ist sicher auch dem Einführungscharakter des Buches geschuldet. Allerdings regt es zum Weiterlesen an und das abschließende Kapitel „Was sollte man/frau lesen?“ in Form einer sortierten Literaturauswahl entschädigt für manch offen gebliebene Diskussionspunkte.

Den Anspruch auf ein Basiswissen „Feminismus“ löst der vorliegende Band bestens ein – mit der Einschränkung, dass er auf (West-)Deutschland bezogen bleibt. Und auch für diejenigen, die sich schon länger und eingehender mit der Thematik befassen, birgt er die ein oder andere neue Information. Es handelt sich nicht um eine theore-

tisch-wissenschaftliche Abhandlung, sondern eher um einen journalistischen Text, der die Informationsfülle angenehm leicht lesbar macht.

Dem Anliegen von Notz Arbeit zum Feminismus, „der inflationären Verwendung des Begriffs entgegenzuwirken“ (S.34), kann nur zugestimmt werden. So wie es besonders wichtig ist, im Jahr des 100. Internationalen Frauentags rechtzeitig eine Studie zu publizieren, die sich vor allem historisch mit den Frauenbewegungen und dem Feminismus befasst.

Jana Schultheiss

Robert Castel: Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums. Hamburger Edition, Hamburg 2011 (383 S., 32 €)

Mit seiner monumentalen Studie „Die Metamorphosen der sozialen Frage“ (2000) hat Robert Castel die auch im deutschsprachigen Raum geführte Prekarisierungsdebatte entscheidend mit angestoßen. Der nun vorliegende Band dokumentiert in einer Reihe von Vorträgen und Artikeln die Weiterentwicklung seiner Gedanken in den Jahren bis 2008. Der mit Castel vertrauten Leserschaft wird vieles von den Argumenten der insgesamt vierzehn Beiträge bekannt vorkommen, doch ergibt sich ein neuer Blickwinkel auf das Werk aus der Systematik des Aufbaus, der Einleitung und vor allem dem Schluss, der die Gesamtargumentation zum „Entwurf einer Genealogie des hypermodernen Individuums“ synthetisiert.

Bereits die Anordnung der Texte in drei Teilen lässt den Begriff des Sozialeigentums – die institutionell garantier-

ten Rechte, die arbeitenden Individuen in der Arbeitsgesellschaft des 20. Jahrhunderts eine abgesicherte Lebensplanung ermöglichten und sie damit zu vollwertigen Bürgern machten – als eigentliche Zentralkategorie von Castels Denken hervortreten. Die historische Schlüsselfunktion des Sozialeigentums besteht darin, dass es die Transformation des unversöhnlichen Klassenantagonismus früher kapitalistischer Gesellschaften in ein von Ungleichheiten zwischen sozioprofessionellen Gruppen gekennzeichnetes „Kontinuum von Positionen“ ermöglichte. Es steht in seiner Genese, Funktion und aktuellen Gefährdung im Zentrum des zweiten Teils „Der Umbau der Sozialsysteme“ und damit des gesamten Buchs.

Die beiden anderen Teile gruppieren sich um diesen Kernteil und beleuchten jeweils einen Typ des Verhältnisses zum Sozialeigentum: In Teil 1 „Die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse“ die Prekarisierung, verstanden als Brüchigwerden des Zugangs zum Sozialeigentum durch Destabilisierung

der Arbeitsverhältnisse und inzwischen für das „Prekariat“ zum Dauerzustand verfestigt, und in Teil 3 „Die Wege der Entkoppelung“ die Entkoppelung, die Trennung des Individuums vom Sozialen durch Verlust oder aktive Aufkündigung der Einbindung über das Sozialeigentum (die, wie er am Mythos von Tristan und Isolde ausführt, auch „nach oben“ hin möglich ist).

Der Schlussteil skizziert die historische Genese moderner Formen von Individualität in ihrer wechselseitigen Abhängigkeitsbeziehung zu Formen der Kollektivität und mündet in eine erneuerte, auf die verschiedenen Weisen der Subjektivierung als Individuum abstellende Fassung des in den Metamorphosen der sozialen Frage vorgelegten „Zonenmodells“. Gerade dieser Teil eignet sich als Anknüpfungspunkt für eine Reihe wichtiger Fragen hinsichtlich möglicher Potentiale emanzipatorischer Subjektivität.

Der Begriff des Individuums ist bei Castel im emphatischen Sinne gemeint: „Volles“ Individuum ist erst der mit politischen und sozialen Teilhaberechten ausgestattete Mensch, Individualität ist die „Möglichkeit, als freies und würdiges Subjekt zu agieren“. Dass ansonsten nicht vom Subjekt die Rede ist, scheint demnach weniger in grundsätzlicher Skepsis gegenüber der Möglichkeit autonomen Handelns begründet zu sein (wie bei Bourdieu) als vielmehr in Castels Bekenntnis zu einem „bewusst objektivistischen“ Vorgehen, das Subjektivität grundsätzlich als historisch geworden begreift und sich primär für die Mechanismen dieses Werdens interessiert, „jenen Bereich, in dem sich das Individuum noch nicht in seiner Subjektivität ausdrückt, der ihm aber erst die Grundvoraussetzungen einer sinnvollen Existenz verschafft.“

Castels Geschichte moderner Individualität unterscheidet wesentlich

drei Phasen: Die liberale „erste Moderne“ hatte die Rechte des Individuums zwar programmatisch ins Zentrum gestellt, gestand die Bürgerschaft aber nur denjenigen zu, denen Privateigentum die für politische Mündigkeit vorausgesetzte Unabhängigkeit sicherte. Die Nichteigentümer/innen fanden sich unter dem frühkapitalistischen „Dienstmietvertrag“ in einer rechtlos individualisierten Situation wieder, die in einer ersten Bewegung historischer Dialektik zur Entstehung neuer kollektiver lebensweltlicher Zusammenhänge (Unterstützungsvereine, Gewerkschaften, Parteien) führte. Im Laufe eines Jahrhunderts setzte sich über Kämpfe, Zugeständnisse und strategische Einhegungen das kollektive Prinzip in der institutionellen Ordnung der Arbeit durch und begründete das Sozialeigentum: Tarifverträge, Arbeitsrecht und Sozialversicherung wurden für Arbeitende zu einem Äquivalent des Privateigentums, das ihnen nun ebenfalls den Status von Individuen, vollwertigen Mitgliedern des Gemeinwesens, sicherte.

Die so entstandene Arbeitsgesellschaft markiert für Castel – trotz von ihm eingeräumter Mängel – den höchsten bisher erreichten Grad an demokratischer Teilhabe. Das Individuum dieser „zweiten Moderne“ ist für ihn der Prototyp des „modernen Individuums“: Es definiert sich durch die kollektiven Garantien des Sozialeigentums, die es „zutiefst verinnerlicht“ hat. An dieser kollektiven Basis des Individuellen nimmt nun die zweite dialektische Bewegung ihren Ausgang. Gerade die so ermöglichte Planungs- und Handlungsfähigkeit erlaubt dem modernen Individuum, sich lebensweltlich zu entkollektivieren, individuelle Vorlieben, Interessen, Lebensstile zu entwickeln – und das wird ja seit einigen Jahrzehnten auch empirisch beobachtet.

Die Gegenwart deutet Castel nun so, dass der Subjektivierungsmodus des modernen Individuums in zwei Richtungen ‘ausfranst’: Nach oben setzen sich ressourcenstarke „Individuen im Übermaß“ ab, um sich exzessiv narzistisch mit sich selbst zu beschäftigen, und nach unten werden die Prekären und unfreiwillig Entkoppelten zu „bloßen Individuen“, herausgedrängt aus dem durch das Sozialeigentum gestifteten gesellschaftlichen Zusammenhang. Das reflektiert das neue Zonenmodell: In der Mitte eine immer noch große Zone „moderner Individuen“, oben eine Zone ressourcengestützter freiwilliger Entkoppelung von ‘Hyperindividuen’ und nach unten hin Abstufungen von „bloßer“ Individualität.

Der zentrale Status des Sozialeigentums bei Castel und das ‘historisch einmalige Maß an Demokratie, das er ihm zuschreibt, machen es für ihn fast unmöglich, anders als nostalgisch auf den Sozialstaat zurückzublicken. So persistiert denn auch beim Lesen der Eindruck, dass er trotz aller Beteuerungen, ein „Zurück“ komme nicht in Frage, in der durch das Sozialeigentum gestifteten Arbeitsgesellschaft doch nach wie vor ein historisches Ideal sieht. Deutlich wird das immer wieder, wenn er die gegenwärtigen Veränderungen immer nur als „Wiederkehr“ frühkapitalistischer Abhängigkeiten identifizieren kann, und in der erkennbaren Nähe seiner Überlegungen zu sozialdemokratischen „Flexicurity“-Konzepten. Beides ist aber eng geknüpft an Castels Annahme, dass die Prekarisierung des Zugangs zu und die Entkoppelung vom Sozialeigentum nach oben wie nach unten als unterschiedliche Modi eines übergreifenden Individualisierungsschubs zu begreifen seien.

Tatsächlich gewinnt Individualisierung in der in diesem Buch vorgelegten Darstellung eine derartige Zentralität

als Diagnose gegenwärtiger Subjektivierungsprozesse, dass Castel in dieser Hinsicht beinahe als französisches Pendant zu Ulrich Beck erscheint, zumal beide den Objektivismus ihrer Konzeptionen betonen. Die hier naheliegende kritische Rückfrage richtet sich demnach auch allgemeiner an die Theorien der Individualisierung. Inspiriert ist sie von der Grundeinschätzung, dass diese Theorien zwar zweifellos richtig eine tendenzielle De-Kollektivierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen beobachten, dass aber der daraus gezogene Schluss, die Gesellschaft müsse deshalb zu einer „Gesellschaft der Individuen“ (N.Elias) werden, sich als voreilig herausstellen könnte. Denn es fragt sich, warum denn die effizienzorientierte Ausdifferenzierung und Zerlegung, der die Kräfte des Marktes alle verwertbaren (materiellen wie subjektiven) Potentiale unterziehen, ausgerechnet beim Zugriff auf das Individuum als „Handelseinheit“ der Ware Arbeitskraft scheitern sollte.

An dieser Stelle scheint Castels Blick in zweifacher Hinsicht an Grenzen zu stoßen: Zum einen verleitet ihn die historisch vergleichende Perspektive dazu, in oberflächlichen Strukturanalogen (Verhältnis zwischen „Markt“ und „Staat“) allzu schnell die „Wiederkehr“ vergangener Epochen zu erkennen; und zum anderen bleiben ihm entscheidende, tieferliegende Verschiebungen tendenziell verborgen, weil er sich mit den veränderten materiell-sozialen Realitäten von Arbeit als gesellschaftlicher Tätigkeit – altmodisch gesprochen: dem Stand der Produktivkräfte – nicht näher beschäftigt. Gerade in Verbindung mit einer Untersuchung dieser Realitäten ließe sich aber die von Castel so beeindruckend analysierte Prekarisierung auch als ein neuer Modus der Bewirtschaftung von und des Handels mit Arbeitskraft verstehen.

Dessen spezifische Qualität besteht darin, dass sich die Dynamik des entsprechend den Markterfordernissen immer kleinteiligeren Zuschnitts der verwerteten Potentiale, die als Bewegung weg vom fordistischen „Großhandel“ standardisierter Massenqualifikationen schon lange erkennbar war, durch das Individuum hindurch auf die sub-individuelle, ja individuale Ebene fortsetzt.

Bezahlt wird dabei nicht pauschal die Arbeitskraft des Individuums, sondern bezahlt werden immer nur genau die eingebrachten und tatsächlich verwerteten Kompetenzen. Die entscheidende Frage im Hinblick darauf, wie arbeitende Menschen in Zukunft – noch oder erneut – politische Subjekte sein können, ist also nicht die nach dem Individuum, sondern die nach der dritten dialektischen Bewegung: Wenn historisch die institutionelle Individualisierung durch den

Arbeitsvertrag die Kollektivierung der arbeitenden Klasse angestoßen hatte und die von dieser mit hervorgebrachte kollektive Institutionalisierung des Sozialeigentums Voraussetzung der lebensweltlichen Individualisierung der Arbeitenden war, welche Gegenbewegung wird dann von der Prekarisierung, verstanden als institutionelle Zergliederung der Arbeitenden zu Dividuen durch einen „kleinteiligen“ Kapitalismus, hervorgerufen? Dass diese Frage nicht von Castel selbst gestellt werden kann, sondern erst in einer kritischen Lesart zwischen den Zeilen seiner Analysen aufscheint, schmälert freilich in keiner Weise den Beitrag, den seine genealogischen Studien zum Verständnis der Arbeitsgesellschaft – und nun auch der sie kennzeichnenden Formen von Individualität – in ihrer historischen Entstehung leisten.

Dennis Eversberg

Gudrun Hentges / Bettina Lösch (Hrsg.): Die Vermessung der sozialen Welt. Neoliberalismus – extreme Rechte – Migration im Fokus der Debatte. VS Verlag, Wiesbaden 2011 (336 S., € 29.90)

Wie sich an zahlreichen Krisensymptomen ablesen lässt, unterliegt die soziale und politische Welt seit Jahren starken Transformationsprozessen. Mit dem bereits im Titel formulierten Anspruch, eine „Vermessung der sozialen Welt“ vornehmen zu wollen, stellt sich der als Festschrift für Christoph Butterwegge, Sozialwissenschaftler und Armutsforscher, gewidmete Sammelband der Herausforderung, die gegenwärtigen Veränderungen einer umfassenden sozialwissenschaftlichen Analyse zu

unterziehen. Fortschreitend von einer Untersuchung (neoliberaler) Globalisierungsprozesse im ersten Teil des Bandes, werden im zweiten Teil die soziale Frage und (Kinder-)Armut als Folge des Sozialstaatsabbaus in den Blick genommen. Die letzten beiden Teile beschäftigen sich dann mit der Analyse rechtsextremer Ideologiebildung sowie dem Themenkomplex von Migration, Integration und Rassismus.

Im ersten Teil diskutiert Bettina Lösch die Frage nach den Konsequenzen für politische Bildung, die sich aus der Transformation demokratischer Verfasstheit ergeben. Diese Veränderungen lassen sich als Informalisierung, Entpolitisierung, Beschleunigung und Privatisierung von Politik sowie als Stärkung einer durch den Bezug zum

Ausnahmezustand legetimierten „entfesselten Exekutive“ beschreiben. Die Verschiebung der Entscheidungsfindung auf sogenannte „Nebenparlamente“ fasst Lösch mit dem Begriff der „ortlosen Demokratie“ und betont: „Die neuen Formen der Mehrebenenpolitik führen zu Intransparenz und ziehen einen Verlust demokratischer Öffentlichkeit und Legitimität nach sich.“ (S.58) Aus der Perspektive einer kritischen politischen Bildungsarbeit ist es angesichts dieser Entwicklungen notwendig, wieder „mehr Gelegenheiten Orte und Zeiten für politische Bildung, Meinungs- und Willensbildung zur Verfügung zu stellen“ (S.64), die kritische Urteilsfähigkeit zu fördern und die politische Handlungsfähigkeit durch das Aufzeigen von Handlungsalternativen zu stärken.

In Deutschland hat der mit gleichzeitigen Steuersenkungen einhergehende Abbau des Wohlfahrtsstaates unter anderem zu drei Millionen von Kinderarmut betroffenen Jugendlichen geführt. Ausgehend von der empirischen Tatsache, dass Armut und damit auch Bildungs- und demokratische Partizipationschancen „buchstäblich vererbt werden“ (S.122), analysiert Michael Klundt, wie sich der Armutsdiskurs zunehmend mit einem instrumentellen Generationendiskurs verbindet. In diesem wird die Sorge um Kinder zur „Verantwortung für kommende Generationen“ umgedeutet und die Kürzung sozialer Leistungen als „Rettung der Familie“ inszeniert. Die Kinderrechte werden in dieser Argumentation genau wie demokratische Teilhabe letztlich als „Ineffizienzen“ denunziert, denen Klundt die Forderung nach einer Erhöhung staatlicher Einnahmen entgegengesetzt: „Denn ein sich selbst arm machender Staat kann Armut nicht bekämpfen und die Kinderrechte nicht verwirklichen.“ (S.129)

Der dritte Teil des Sammelbandes befasst sich mit dem Rechtsextremismus und möglichen (pädagogischen) Präventionsmaßnahmen. In einer Gegenüberstellung konträrer Positionen erörtern Armin Pfahl-Traughber und Gerd Wiegel das anaytische Erklärungspotential der aktuell stark in die Kritik geratenen Extremismustheorie. Während Pfahl-Traughber den Nutzen eines Vergleichs formaler Aspekte totalitärer Herrschaft rechtfertigt und den Vorwurf der politischen Instrumentalisierung als für den Wahrheitsgehalt einer wissenschaftlichen Theorie unerheblich zurückweist, prangert Gerd Wiegel die in der Extremismustheorie vorgenommene ideologische Verengung des Demokratiebegriffs an und kritisiert die „praktische Nutzlosigkeit des Ansatzes“. Dieser sieht nämlich davon ab, dass linke Gewalt (anders als rechte) „keinem Konzept einer ‘gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit’ entspringt und damit auch keinen Niederschlag im Alltag kommunaler Sozialräume [findet]“ (S.227).

In der Frage, wie sich dem Problem des Rechtsextremismus mit pädagogischem Handeln begegnen lässt, plädiert Klaus-Peter Hufer für eine Rückbesinnung auf seine Ursachen. Mit Blick auf die Vorurteilsforschung und Theorien der autoritären Persönlichkeit konstatiert Hufer, dass sowohl Vorurteile als auch Aggressionen und autoritäre Handlungsmuster nicht „naturgegeben“ sind, sondern in einem „entsprechenden Sozialisationsklima erworben“ werden. Als Ursachen in der frühkindlichen Erziehung benennt Hufer mit der „klassischen autoritären Erziehung“ und der „verweigerten Erziehung“ zwei Erziehungsstile, die besonders dazu geeignet sind, die Entstehung von Ressentiments zu fördern. Beide sind gekennzeichnet durch frühkindliche Kränkungs- und Zurückweisungserfahrungen, die zu

einer ressentimentgeladenen projektiven Verarbeitung führen können. Für die Pädagogik ergibt sich aus dieser Analyse, dass sie insbesondere in Zeiten, in denen die politischen Verhältnisse sozialdarwinistisches Verhalten begünstigen, den Einzelnen in seiner Subjektwerdung und seine Mündigkeit und Autonomie wieder stärker in den Fokus rücken muss.

Am Beispiel des Ausstellungsprojekts „Zug der Erinnerung“ verdeutlicht Gudrun Hentges die Bedeutung des historisch-politischen Lernens für die politische Bildung, denn „eine ‘unhistorische Politische Bildung’ [ist] ebenso wenig denkbar, wie eine ‘unpolitische Historische Bildung’“ (S.160). Anhand einer Auseinandersetzung mit den Besucherbüchern der Ausstellung untersucht Hentges, welche persönlichen, familien geschichtlichen und moralischen Motive die Besucher(innen) in ihrer Entscheidung für einen Besuch beeinflusst haben und welche Aspekte der Ausstellung als besonders relevant erfahren wurden. Die Verschränkung von politischem und historischem Bewusstsein zeigt sich dabei nach Hentges nicht zuletzt im demokratischen Anspruch, „wie eine Gesellschaft organisiert sein muss, um jedwede Wiederholung der NS-Geschichte zu verhindern“ (S.172).

Der letzte Teil des Bandes beschäftigt sich schließlich mit der „Vermessung“ rassistischer Ethnisierungsprozesse in Gesellschaft und Medien. Wie Erol Yildiz ausführt, sind „ethnisch codierte Zuschreibungsprozesse kein neues Phänomen, sondern in der Migrationsgeschichte durchgängig zu beobachten“ (S.272). Die mediale Gegenüberstellung eines gesellschaftlichen „Wir“ mit den „Anderen“ kann sowohl auf Diskurse der Nachkriegszeit (z.B. Zu den „Ruhr-Polen“) als auch auf eine Tradition völkerkundlicher und orientalistischer Objektivierung der „Ande-

ren“ zurückgreifen. Assimilations- und Anpassungsforderungen an Migrant(inn)en sind in dieser Hinsicht also kein spezifisches Charakteristikum medialer Berichterstattung. Die Medien tragen allerdings zur Verfestigung bestehender Diskurse bei und etablieren diese als hegemoniale. Durch die Stärkung „doxischer“ Grundüberzeugungen leisten sie einer Ethnisierung sozialer Konflikte Vorschub, in der soziale Probleme stets die Bedeutung von „Kulturkonflikten“ annehmen.

Am Beispiel der Debatten zum „Münchner U-Bahn-Mord“ analysiert Susanne Spindler die Kriminalisierung von (jugendlichen) Migrant(inn)en, deren unterstellte Aggressivität in Medienberichten oft mit ihrer „Herkunft aus anderen Kulturen“ begründet wird. Die dramatisierende Berichterstattung verstärkt dabei drei symptomatische, in der Bevölkerung weitverbreitete Meinungen: die Forderung nach „knallharten Strafen“, die Einforderung „Deutscher Tugenden“ sowie eine (gegebenenfalls auch nur auf Verdacht zu ermöglichte) Abschiebung „ausländischer Straftäter“. Gemeinsam ist diesen Forderungen, dass in allen Fällen die Gewalt von „Migranten“ als in besonderer Weise zu ahnden dargestellt wird: „Der Migrationshintergrund wird so zu einer Hauptachse der Differenz, die Ungleichheit aufgrund des Verhaltens der ‘Anderen’ rechtfertigt und sie zugleich herstellt“ (S.292).

Ähnlich argumentiert auch Kemal Bozay, wenn er in seinem Beitrag den Standortnationalismus als ideologischen Nährboden ausgrenzender Migrationsdiskurse in den Blick nimmt. Ethnisierung ist demnach eine symbolische Ressource, die (wie der Nationalismus) gesellschaftlich hervorgebracht wird, sie funktioniert allerdings nicht als „einfache“ Zuschreibung, sondern als Wechsel von Selbst- und Fremd-

ethnisierungsprozessen. Weil Differenz als gesellschaftlicher Ausschließungsmechanismus funktioniert, fordert Bozay eine „Migrations- und Integrationspolitik, die sich den Menschen und der demokratischen Teilhabe verpflichtet sieht“ (S.306).

Mit insgesamt zwanzig Beiträgen bietet der Sammelband einen umfassenden Überblick über Transforma-

tionsprozesse demokratischer (Sozial-) Staatlichkeit in Deutschland und die daraus resultierenden Folgen. Ganz im Sinne einer „Vermessung des Sozialen“ werden ökonomische und soziale Veränderungen konsequent in Beziehung zu politischen Auseinandersetzungen gedacht und mögliche Alternativen aufgezeigt.

David Christopher Stoop

www.alliancesud.ch/dokumentation

Die kompetente Adresse für entwicklungspolitische Informationen

Seit 40 Jahren bietet das Dokumentationszentrum von Alliance Sud ausgewählte Informationen zu Nord-Süd-Fragen. Die e-Dossiers verweisen auf elektronisch verfügbare Quellen zu aktuellen Themen wie

- > Green Economy
- > Land Grabbing
- > Uno-Jahr des Waldes
- > Klimawandel und Entwicklungsländer

Eine Dienstleistung von Alliance Sud, der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks.

alliance sud

Arbeitsgemeinschaft
Swissaid • Fastenopfer • Brot für alle
Helvetas • Caritas • Heks

Alliance Sud,
Monbijoustrasse 31, 3001 Bern
www.alliancesud.ch